

IGB BERICHT

IGB, Internationaler Gewerkschaftsbund

September 2008



Arbeitsplätze – der Weg zur Konjunkturerholung

Warum die Beschäftigung
von zentraler Bedeutung für
die Beendigung der globalen
Krise ist

Der IGB vertritt 170 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in 312 Mitgliedsorganisationen und 157 Ländern und Hoheitsgebieten.

Die Gewerkschaftsbewegung hat von jeher die Aufgabe, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Familien zu verbessern und sich für die Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, die Gleichstellung der Geschlechter, Frieden, Freiheit und Demokratie einzusetzen.

Angesichts der ungebremsen kapitalistischen Globalisierung ist ein wirksamer Internationalismus heute wichtiger denn je für die künftige Stärke der Gewerkschaftsbewegung und für ihre Möglichkeiten, diese Aufgabe zu erfüllen.

Der Bund ruft die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weltweit auf, sich in seinen Reihen zusammenzuschließen und ihn zu dem Instrument zu machen, das erforderlich ist, um eine bessere Zukunft für sich und die Menschheit insgesamt zu fordern.

IGB
5 Boulevard du Roi Albert II, Bte 1
1210 Brussels
Belgium
Phone: +32 (0)2 224 0211
Fax: +32 (0)2 201 5815
E-mail: <mailto:info@ituc-csi.org>
www.ituc-csi.org

Foto auf der Titelseite:

In der Ukraine brachte die Krise Anfang 2009 nahezu alles zum Stillstand. Die meisten Beschäftigten wurden ohne Lohn nach Hause geschickt, und diejenigen, die arbeiten konnten, wie die Maurer in der Zementfabrik Doncement in der östlichen Ukraine, wurden gezwungen, mindestens 50-prozentige Lohnkürzungen zu akzeptieren.

© Foto: Anders Lindh für Byggnads (die schwedische Bauarbeitergewerkschaft), Schweden

Arbeitsplätze – der Weg zur Konjunkturerholung

Warum die Beschäftigung von zentraler Bedeutung für die Beendigung der globalen Krise ist

Arbeitsplätze – der Weg zur Konjunkturerholung

Warum die Beschäftigung von zentraler Bedeutung für die Beendigung der globalen Krise ist

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
I. Zusammenfassung: die Lösungen für die Krise	9
II. Die Folgen der Krise	11
Was ist schief gelaufen?	11
Was sind die sozialen Auswirkungen der Krise?	16
Halten die Regierungen Wort?	23
III. Die Gewerkschaften und die weltweite Krise	26
Der lange Weg zur Erholung in Nord- und Südamerika	27
ArbeitnehmerInnen im Asien-Pazifik-Raum setzen sich für den Schutz von Arbeitsplätzen und die Wiederbelebung der Wirtschaft ein	31
Afrika von der globalen Rezession nicht verschont	32
Kündigungen, Entlassungen und eine schwache soziale Agenda treffen alle Menschen in Europa	35
IV. Der Weg zur Erholung: Eine gewerkschaftliche Strategie zur Bekämpfung der Krise	41
1. Koordinierte Erholung und nachhaltiges Wachstum bei Beschäftigung und Einkommen	42
2. Neue Regeln für die internationalen Finanzmärkte	48
3. Lohndeflation stoppen und die Krise der Verteilungsgerechtigkeit beenden	53
4. Grundlagen schaffen für eine internationale Vereinbarung von Maßnahmen gegen den Klimawandel	54
5. Wirksame und rechenschaftspflichtige Weltwirtschaftsordnung	56
Fußnoten	61
Quellennachweis	63

Vorwort

Die internationale Wirtschaftskrise bedroht Millionen von Arbeitsplätzen und die Zukunft von Menschen in aller Welt. Die weltweite Arbeitslosenquote nimmt weiter zu und wird auch dann noch zunehmen, wenn die Wirtschaft wieder Fahrt aufnimmt. Löhne und Gehälter sind unter Druck, was eine sinkende Kaufkraft und die Gefahr einer deflationären Spirale sinkender Lebensstandards und des Rückgangs wirtschaftlicher Aktivität und des Handels mit sich bringt. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Situation schon vor der Krise in vielen Ländern dramatisch war, was die Zunahme der Armut und Ungleichheit und die fehlende Sicherheit von Nahrungsmitteln und Energie betrifft.

Kann die Welt aus dieser Krise als eine andere – und bessere hervorgehen? Trotz des lautstarken öffentlichen Rufs nach einem grundlegenden Wandel, als die Krise zuschlug und sich verschärfte, ist die Tendenz zu einem „Weiter wie bisher“ ungebrochen. Die Wall Street gönnt sich schon wieder sagenhafte Bonusse, nachdem sie mit dem Geld des Steuerzahlers gerettet wurde. Teile des Finanzsystems arbeiten immer noch in der Schattenwirtschaft oder leihen billig vom Steuerzahler, verleihen zu hohen Zinsen und streichen die Differenz ein. Offensichtlich gibt es für die reichen Happy Few immer noch genügend Chancen auf enorme Profite.

Währenddessen müssen ArbeitnehmerInnen nicht nur den Verlust ihrer Arbeitsplätze, sondern einen Abbau des Sozialschutzes und die Bedrohung ihrer Rechte am Arbeitsplatz mit der Aussicht auf jahrelange Einschränkungen hinnehmen.

In diesem Bericht werden die Folgen der Krise für die Arbeiterschaft und das Wirtschaftswachstum, die gewerkschaftlichen Anstrengungen zur Bekämpfung der Krise und die Details der gewerkschaftlichen Strategie zur ihrer Überwindung dargestellt. Die Regierungen der Welt müssen Maßnahmen ergreifen, um diese tiefe Krise durch die Förderung menschenwürdiger Arbeit zu beenden. Alternativen zu dem polarisierten, marktgetriebenen System, das die Krise ausgelöst hat, sind vonnöten. Es geht dabei um eine echte Erholung auf der Grundlage der Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze, einer geeigneten Regulierung und verstärkter öffentlicher Ausgaben, eine Erholung zugunsten der Realwirtschaft und der Menschen, die in ihr arbeiten.

Die vor uns liegende Zeit wird viele Herausforderungen für ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften mit sich bringen. Sie haben in ihren Ländern bereits die Maßnahmen im Sinne des von der IAO-Konferenz im Juni beschlossenen globalen Beschäftigungspakts in Angriff genommen, um sich für die menschenwürdige Arbeit einzusetzen, die als Reaktion auf die Krise erforderlich ist. Gewerkschaftsführer legen ihre Ideen und Forderungen dem IWF, der Weltbank und den G20 vor, um dafür zu sorgen, dass Beschäftigungsfragen ein integraler Bestandteil einer neuen nachhaltigen und sozial gerechten Weltordnung sind. Der Welttag für menschenwürdige Arbeit am 7. Oktober

wird eine Gelegenheit sein, die Reaktion der internationalen Gewerkschaften auf die Krise besonders herauszustellen.

Der IGB muss ein starker, vernehmlicher und sichtbarer Akteur bei der Beendigung der Krise sein und sicherstellen, dass das, was nach der Krise kommt, seinen Zielsetzungen und Grundsätzen für eine gerechtere und nachhaltigere Welt entspricht. Dieser Bericht ist Teil unserer Aktivitäten, mit denen wir unserer Verantwortung gerecht werden wollen.

Guy Ryder, Generalsekretär des IGB

A handwritten signature in black ink, reading "Guy Ryder". The signature is written in a cursive, flowing style with a large initial 'G' and 'R'.

I. Zusammenfassung: die Lösungen für die Krise

Als Reaktion auf diese internationale Wirtschaftskrise, der schlimmsten seit der Weltwirtschaftskrise, muss die Welt ein neues Wirtschaftsentwicklungsmodell errichten, das wirtschaftlich effizient, sozial gerecht und nachhaltig gegenüber der Umwelt ist. Dieses Modell muss die Wirtschaft in ein neues Gleichgewicht bringen: zwischen Geld- und Realwirtschaft, zwischen den Rechten der Arbeiterschaft und des Kapitals, zwischen den Ländern mit Handelsüberschuss und denjenigen mit einem Defizit und zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Es muss vor allem das Ende einer Politik mit sich bringen, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu extremen Ungleichbehandlungen geführt hat.

- Eine koordinierte Erholung und nachhaltiges Wachstum bei Beschäftigung und Einkommen müssen in der nächsten Zeit Priorität haben, um starke Impulse für eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Sicherstellung von Sozialschutz und öffentliche Ausgaben und Dienstleistungen zu setzen. Im Kampf um den Aufschwung dürfen einkommensschwache Länder auf keinen Fall zurückgelassen werden. Ihnen müssen die erforderlichen Mittel gewährt und der politische Handlungsspielraum eingeräumt werden, damit sie eine antizyklische Politik betreiben können, die sie aus der Krise führt.
- Es sind neue Regeln zur Regulierung der internationalen Finanzmärkte erforderlich, um das Vertrauen in die Banken und in die Realwirtschaft wiederherzustellen und eine öffentliche Überwachung und Aufsicht über alle Finanzinstitute, -produkte und transaktionen zu schaffen. Dies muss über das Finanzsystem hinausgehen und auch Bereiche wie die Rentenregelungen, den Schutz von Verbraucherhaushalten und die Sozialfinanzen erfassen, und es muss Schluss sein mit der „Schatten“-Finanzwirtschaft und den Steuer- und Gesetzeslücken, auf denen sie beruht.
- Eine Beendigung der Lohndeflation und Ungleichheit ist notwendig, um eine weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktbedingungen zu verhindern. In Krisenzeiten ist eine Politik untragbar, die die Arbeitnehmerrechte schwächt und die Prekarität der Arbeit verschärft. Stattdessen muss über gesellschaftlichen Dialog auf den Arbeitsmärkten ein menschenwürdiges Netz aufgespannt werden, durch das eine Abwärtsspirale bei den Löhnen verhindert und die Zunahme der Ungleichbehandlung beendet wird.
- Ein „Green New Deal“ wird die Erholung der Wirtschaft durch umfangreiche und arbeitsintensive Investitionen in eine grüne Infrastruktur wie z. B. Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Transport beschleunigen. Er wird weiterhin den Weg zur einer internationalen Vereinbarung zur Bekämpfung des Klimawandels mit einer klimaschonenden

Entwicklung in Entwicklungsländern und einer Senkung der weltweiten Treibhausgasemissionen durch eine „grüne Wirtschaftsagenda“ ebnen.

- Eine effektive und rechenschaftspflichtige Weltwirtschaftsordnung ist erforderlich, die Arbeitsplätze und Einkommen als Kernstück der Bemühungen um eine wirtschaftliche Erholung betrachtet. Die Agenda der IAO für menschenwürdige Arbeit muss zentrales Handlungselement der internationalen Wirtschafts- und gesellschaftlichen Institutionen – IWF, Weltbank, WTO und OECD – und Bestandteil einer internationalen Charta für nachhaltiges Wirtschaften auf der Basis überkuppelnder Grundsätze einer Arbeits-, Sozial-, Umwelt- und Entwicklungspolitik werden. Auf der nationalen wie der internationalen Ebene ist die Gewerkschaftsbewegung bereit, ihren Part in diesem neuen Modell zur Bekämpfung der Krise und zur Entwicklung einer gerechteren Weltwirtschaft für zukünftige Generationen zu übernehmen.

Die Gewerkschaften kritisieren schon lange die einseitige Ausrichtung der wirtschaftlichen und sozialen Institutionen sowie die zunehmende Dominanz nicht regulierter und nicht zu beherrschender Finanzmärkte. Mittlerweise ist es zu spät, unsere Warnungen zu wiederholen. Stattdessen müssen wir uns darauf konzentrieren, wie wir die Realwirtschaft durch eine ihrer schwierigsten Zeiten in ihrer Geschichte bringen.

II. Die Folgen der Krise

Was Mitte 2007 als Kredit- und Hypothekenkrise in den Vereinigten Staaten begann und sich schnell in einem nicht regulierten Finanzsystem ausbreitete, hat sich jetzt in eine internationale Wirtschaftskrise verwandelt, die schlimmste seit der Großen Depression, mit nie dagewesenen Folgen für den Arbeitsmarkt und das Wirtschaftswachstum. Während sich die Weltwirtschaft weiter im Niedergang befindet, verlieren die unschuldigen Opfer der Krise, hart arbeitende Frauen und Männer und ihre Familien, ihren Arbeitsplatz und ihr Einkommen.

In diesem Kapitel des Berichts wird analysiert, warum es der liberalen Marktwirtschaft nicht gelungen ist, ein internationales Finanzsystem zu schaffen, das die Realwirtschaft und menschenwürdige Arbeit unterstützt. Die Rezession, die anhaltende Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Zusammenbruch des Welthandels haben den Staats- und Regierungschefs der Welt schmerzlich vor Augen geführt, dass dies mehr als eine „Finanz-“krise ist – es ist eine Krise der Arbeitsplätze, der Ungleichbehandlungen und des internationalen Ordnungsrahmens.

Wenn sich die Arbeitswelt von dieser Krise erholen soll, müssen makroökonomische Maßnahmen und Konjunkturpakete in einer effektiven Weise mit Instrumenten der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik verknüpft werden. Eine Analyse früherer Finanz- und Wirtschaftskrisen zeigt, dass die Erholung des Arbeitsmarkts der wirtschaftlichen Erholung meist um 3 - 5 Jahre hinterherhinkt. Auch wenn also der Internationale Währungsfonds (IWF) in seinem Weltwirtschaftsausblick vom Juli 2009 prognostiziert, dass die Weltwirtschaft die Rezession allmählich überwindet¹, werden sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Zeiten wirtschaftlicher Einschränkungen, Einbußen bei Einkommen und Renten und verstärkter Abdrängung in informelle Beschäftigung entgegenstemmen müssen. Darüber hinaus stellt die Zunahme der Arbeitslosigkeit selbst eine erhebliche Gefahr für die Konjunkturerholung dar.

Die Gewerkschaften kritisieren schon lange die einseitige Ausrichtung der wirtschaftlichen und sozialen Institutionen sowie die zunehmende Dominanz nicht regulierter und nicht zu beherrschender Finanzmärkte, die für den Finanzierungsbedarf der Realwirtschaft von Nachteil sind und sie ihrer Fähigkeit berauben, allen Menschen eine menschenwürdige Arbeit zu geben. Mittlerweise ist es zu spät, unsere Warnungen zu wiederholen. Stattdessen müssen wir uns darauf konzentrieren, wie wir die Realwirtschaft durch eine ihrer schwierigsten Zeiten in ihrer Geschichte bringen.

Was ist schief gelaufen?

Die Frage, die sich Menschen überall stellen, lautet: Was hat den Zusammenbruch der Finanzmärkte verursacht, und wie konnte sich dies zu einer solchen gewaltigen Herausforderung für die Staats- und Regierungschefs der Welt und die Arbeitswelt entwickeln? Gab es denn keine Warnzeichen? Und wenn ja, warum wurden sie übersehen?

Die hauptsächlichen Ursachen der Krise waren nicht nur die Ideologie der

Schätzungen zufolge haben die internationalen Aktienmärkte seit ihrem Höchststand fast 32 Billionen US \$ verloren, was dem gesamten BIP der G7-Länder im Jahre 2008 entspricht.

freien Marktwirtschaft, Risikofreudigkeit und überschüssige Liquidität und Eigenkapitalausstattungen, sondern auch ein wachsendes wirtschaftliches und gesellschaftliches Ungleichgewicht, unzureichende Sozialausgaben, geringer oder überhaupt fehlender Sozialschutz und die Aushöhlung der Arbeitnehmerrechte in den letzten beiden Jahrzehnten. Aber auch das erklärt noch nicht, wie sich die finanzielle Deregulierung in den USA innerhalb von 18 Monaten zu einer allumfassenden Wirtschaftskrise ausweiten konnte. Die Krise begann auf den Finanzmärkten – Krisen bei Krediten, Schulden, Derivaten und Wohneigentum – und entwickelte sich zu einer allgemeinen Wirtschaftskrise, die jetzt eine Beschäftigungskrise nährt, die sich in vielen Ländern in eine soziale Krise und teilweise eine politische Krise verwandelt hat.

Um den Prozess zu durchleuchten und die Frage zu klären, warum sich die Rezession in entwickelten und Schwellenregionen gleichermaßen so schnell verschärft, wird in diesem Bericht die Krise in einem größeren Rahmen betrachtet, eine Krise, die das Produkt einer unausgewogenen Globalisierung ist. Weiterhin erweisen sich die sozialen Folgen der Krise als gewaltig, und ihre Auswirkungen auf Arbeitsplätze, Heimatüberweisungen, informelle Beschäftigung und Sozialausgaben betreffen Menschen in aller Welt.



Wachsende Einkommensungleichheit

Die Komplexität und Vielschichtigkeit der Krise macht es schwierig, einen ganz bestimmten Bereich anzugeben, in dem man bestimmte Dinge anders hätte machen müssen. Aber jedenfalls ist die aktuelle Krise das Ergebnis von 30 Jahren Neoliberalismus, der den Kräften des freien Marktes vertraute und staatlicher Intervention misstraute. Quasi über Nacht brach das Banksystem der westlichen Welt zusammen und das Scheitern einer steuer- und regulierungsfeindlichen Politik wurde augenscheinlich. Man setzte auf die Überlegenheit liberaler und nicht regulierter Märkte - und dabei hatte man schon nach der Großen Depression neue Vorschriften und Regelungen geschaffen, um einen Zusammenbruch der Wirtschaft künftig zu verhindern. In den 1970er-Jahren wuchs wieder der Glaube an einen vollständig effizienten Markt, der sich selbst regulieren sollte, wenn Störungen etwa in Form von Preisblasen auftreten sollten. Aber der „Washington

Das Jahresvolumen von US Subprime- und sonstigen Hypotheken stieg von 160 Milliarden US-\$ 2001 auf über 600 Milliarden US-\$ 2006 an.

Die Schätzungen der Verluste von Finanzinstituten schwanken zwischen 1 Billion und 2 Billionen US-\$.

Consensus" zur Liberalisierung des Handels, Privatisierung und Deregulierung, die wir in den vergangenen Jahrzehnten erlebt haben, hat keinen Wohlstand für alle gebracht. Stattdessen hat er auf dem Arbeitsmarkt die Arbeitnehmerrechte beseitigt, die staatlichen Ausgaben in Bildung und Gesundheit sinken lassen und Steuergeschenke für die Reichen ermöglicht.

Verschiedene Analytiker, Kommentatoren und Politiker wie z. B. Joseph E. Stiglitz und der australische Premierminister Kevin Rudd haben auf eine kritische Entscheidung hingewiesen, die als eine der Wurzeln der Krise betrachtet werden muss, nämlich die Aufhebung des Glass-Steagall Act im Jahre 1999². Dieses Gesetz war 1933 nach der Großen Depression von Präsident Roosevelt erlassen worden und sollte verhindern, dass sich kommerzielle Banken an riskanten Spekulationen beteiligten; vielmehr sollten sie sich ausschließlich auf „herkömmliche“ Bankaufgaben wie die Verwaltung von Spareinlagen und die Vergabe von Krediten konzentrieren. Eine 300 Millionen US-\$ teure Lobbyarbeit durch die Bank- und Finanzdienstleisterbranche beendete jedoch die lang währende Trennung zwischen kommerziellen und Investitionsbanken. Damit waren Spekulationen in gewaltigem Umfang Tür und Tor geöffnet.

Die Liberalisierung der Finanzmärkte hat zusammen mit niedrigen Leitzinsen in den Vereinigten Staaten einige der großen Akteure des Kasinokapitalismus, die nicht regulierten Finanzinstitute wie Hedgefonds, Private Equity-Gesellschaften und Hypothekemakler mit einer hemmungslosen Profitgier hervorgebracht, die sie zu unverantwortlichen Risiken in einer Schatten-Finanzwirtschaft verleitete. Zusammen mit einer neuen Klasse von Kreditnehmern mit schlechter Bonität erzeugte der stark verschuldete Wohnungs- und Kreditmarkt einen immensen Druck auf das Banksystem. Auf der internationalen Ebene löste die Subprime-Hypothekenkrise einen Zusammenbruch auf den Kreditderivatmärkten aus, der sich im vergangenen Zehnjahreszeitraum ohne behördliche Aufsicht entwickelt hatte.

Der IGB und der Gewerkschaftliche Beratungsausschuss bei der OECD (TUAC) warnten in ihrer Stellungnahme zum G8-Gipfel in Heiligendamm im Juni 2007 vor den systemischen Risiken für die Stabilität der Finanzmärkte, die dadurch verschärft würden, dass diese stark fremdfinanzierten Investoren in einer Grauzone operierten. Das internationale System für die Kontrolle und Regulierung von Bankrisiken, bekannt als Basel II, funktionierte nicht richtig, weil Investoren Möglichkeiten fanden, diese Regeln zu umgehen, weshalb die Gewerkschaften eine neue „Basel III“-Vereinbarung forderten, die auch den Nichtbankensektor umfasste.³ Schon 2003 hatten die internationalen Gewerkschaften auf die dringende Notwendigkeit einer besseren Regulierung der internationalen Finanzmärkte angesichts der aktuellen Börsenschwäche und der Instabilität der Wechselkurse hingewiesen⁴. Seit Jahren hatte die internationale Gewerkschaftsbewegung wegen der Krise des Kapitalismus der Finanzhegemonie Alarm geschlagen, die keine Kredite für produktive Arbeit mehr vergibt und sich stattdessen unproduktiven Spekulationen widmet. Aber während diese Krise durch Gier und Inkompetenz auf dem Finanzsektor letztlich ausgelöst wurde, wurde sie andererseits durch die jahrzehntelange Politik der Privatisierung, Ungleichheit und Arbeitsmarktderegulierung erst ermöglicht.

Anstelle eines kontinuierlichen Wirtschaftswachstums durch Investitionen, Produktivität und wachsenden Wohlstand der Beschäftigten gab es eine Reihe von Spekulationsblasen, die zu mehr Wohlstand für wenige führten.

Wachsende Einkommensungleichheit

Gemäß dem neuesten World of Work Report der IAO kam das Wirtschaftswachstum zwischen den 1990er-Jahren und 2007 nicht allen Menschen gleichermaßen in Form von mehr Beschäftigung zugute. Vielmehr ging es einher mit einer Umverteilung des Einkommens weg von den Arbeitnehmern, und in 51 von 73 untersuchten Ländern sank der Anteil der Löhne und Gehälter am Gesamteinkommen in den vergangenen zwei Jahrzehnten⁵. Im selben Zeitraum stiegen die Einkommen der wohlhabenderen Haushalte relativ zu denjenigen der ärmeren Haushalte. Das Einkommensgefälle zwischen den oberen und unteren 10 Prozent der Lohn- und Gehaltsempfänger nahm in 70 Prozent der von der IAO analysierten Länder zu. Somit hatte die Einkommensungleichheit schon vor Beginn der Krise sowohl in als auch zwischen den Staaten zugenommen. Dieses Einkommensgefälle war ein wichtiger Faktor beim Kollaps der Wirtschaft und für dessen breite Wirkung.

Die Auswirkungen der Globalisierung auf Arbeitsplätze, Arbeitsmarkt und Löhne und Gehälter waren ein Schlüsselfaktor für die wachsende Ungleichheit. Die Globalisierung hat zum Prozess der Gesundheitskrumpfung und Auslagerung von Branchen ins Ausland beigetragen und zu mehr Entlassungen und unfreiwilliger Entfernung von festen Arbeitsplätzen geführt. Weiterhin hat der Prozess der finanziellen Globalisierung neben den Kapitalflüssen und der Deregulierung eine Rolle für die wachsende Einkommensungleichheit nicht nur auf der internationalen Ebene, sondern auch zwischen der Vergütung von Führungskräften und Managern einerseits und derjenigen des durchschnittlichen Arbeitnehmers andererseits geführt. Beispiel USA:

- Die 50 bestbezahlten Hedgefonds- und Equity-Manager erreichten durchschnittlich jeweils 588 Mio. US-\$ (das 19.000-Fache des Lohns durchschnittlicher Arbeitnehmer).
- 2007 bezahlten die fünf größten Wall Street-Unternehmen Bonusse in Höhe von 39 Millionen US-\$ (dieselben Banken, die später Rettungsgelder erhielten).
- Ein durchschnittlicher Geschäftsführer in den 15 größten US-Firmen verdiente mehr als das 500-Fache eines durchschnittlichen Mitarbeiters.
- Zwischen 2003 und 2007 stieg das Einkommen von Geschäftsführern real um 45 Prozent, dasjenige des durchschnittlichen amerikanischen Arbeitnehmers um weniger als 3 Prozent.
- Die CEOs in Hongkong und Südafrika erhalten das 104- bis 160-Fache des Gehalts eines durchschnittlichen Arbeitnehmers.

Quelle: ILS (2008) und Rudd (2009)

In den Entwicklungsländern hat die Weltbank noch vor der Nahrungsmittelkrise von 2007/2008 und der derzeitigen Finanzkrise festgestellt, dass die Ungleichheit in 46 von 59 untersuchten Entwicklungsländern gegenüber dem vorhergehenden Jahrzehnt zugenommen hat. Die sich zusätzlich zu der Krise im Welternährungssystem verschlechternde wirtschaftliche Lage verstärkt die vorhandene Ungleichheit. Anstelle eines kontinuierlichen Wirtschaftswachstums

durch Investitionen, Produktivität und wachsenden Wohlstand der Beschäftigten gab es eine Reihe von Spekulationsblasen, die zu mehr Wohlstand für wenige führten.

Aushöhlung der Arbeitnehmerrechte

In den vergangenen 25 Jahren hat die „Flexibilisierung“ der Arbeitsmärkte das Risiko der Lohndeflation erhöht, den Schutz der Arbeitnehmer geschwächt und die Prekarität der Arbeit verschärft. In unserer globalisierten Welt hat die Konkurrenz um Investitionen und Gewinne enorm zugenommen, meist auf der Grundlage von vergleichsweise niedrigen Arbeitskosten zulasten grundlegender Arbeitsnormen. Diese so genannte Strategie des „Wettlaufs ‚nach unten‘“ hat die Arbeitnehmerrechte und die Wettbewerbsfähigkeit im Laufe der Zeit immer mehr ausgehöhlt. Die Gewerkschaftsbewegung befürchtet jetzt, dass die internationale Wirtschaftskrise das Arbeitsrecht, die Vereinigungsfreiheit, das Recht auf gesellschaftlichen Dialog und auf Tarifverhandlungen weiter schwächen wird. Dies wird einen schweren Rückschlag beim Kampf um menschenwürdige Arbeit für alle und für die Beseitigung von Armut bedeuten. Eine weitere Sorge gilt den in Gelegenheits-, befristeten und Unterauftragnehmer-Arbeitsverhältnissen Beschäftigten, viele von ihnen ausländische Arbeitnehmer. Diese sind am wenigsten gegen Verlust ihres Arbeitsplatzes geschützt und erhalten oft keine Abfindung oder

Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf Frauen

Ein vom IGB veröffentlichter Bericht zeigt, dass die Lohn- und Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen weltweit wesentlich größer sein könnten als aus offiziellen Regierungsangaben hervorgeht. Der Bericht „(Un)Gleichheit der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt“ basiert auf einer Umfrage unter 300.000 Frauen und Männern in 20 Ländern. Ihm zufolge beträgt das globale geschlechtsspezifische Lohngefälle 22% statt der aus amtlichen Quellen stammenden 16,5%.

Der Bericht untersucht zudem die Folgen der Rezession für die Beschäftigungs- und die Erwerbsmöglichkeiten von Frauen. Frühere Wirtschaftskrisen haben besonders negative Auswirkungen auf in Exportindustrien und in der Landwirtschaft tätige Frauen in Entwicklungsländern gehabt. Zudem haben Frauen häufig am meisten unter Kürzungen der öffentlichen Ausgaben in den Bereichen Gesundheit, Sozialschutz und Bildung zu leiden. Der Bericht verweist darauf, dass besondere Aufmerksamkeit den frauenspezifischen Auswirkungen der politischen Antworten der Regierungen auf die derzeitige Krise geschenkt werden muss. „Der globale Trend in Richtung auf die Verdrängung regulärer Beschäftigungsverhältnisse durch Zeit- und Leiharbeit hat sich besonders auf Frauen ausgewirkt, und diese prekären Tätigkeiten sind die ersten, die gestrichen werden, wenn infolge der globalen Rezession Arbeitsplätze abgebaut werden. Millionen Frauen, die in Privathaushalten und als Wanderarbeitskräfte tätig sind, müssen mit Arbeitslosigkeit rechnen oder haben ihren Arbeitsplatz bereits verloren, mit dem Ergebnis, dass unzählige, schon vorher ums Überleben kämpfende Haushalte in aller Welt noch schlechter dastehen“, stellt Guy Ryder fest, der Generalsekretär des IGB.

Arbeitslosenunterstützung, wenn sie ihre Stelle verlieren. Schlimmer noch, die IAO berichtet auch über eine wachsende Zahl von unethischen, betrügerischen und kriminellen Praktiken, die Menschen in eine Zwangsarbeitssituation führen, und dass die negativen Effekte der internationalen Wirtschafts- und Beschäftigungskrise die Bemühungen vereiteln, diese auszumerzen.⁶

Die Deregulierung der Finanzmärkte hat die wirtschaftlichen Ressourcen von produktivitätssteigernden Investitionen in die Realwirtschaft und in Menschen abgezogen, und dies drückt sich in gewissem Umfang in einem Ungleichgewicht der Verhandlungspositionen zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Arbeitgebern aus. Zusätzlich droht die relativ schwache Arbeitsmarktregulierung in vielen Entwicklungsländern – es gibt nur wenige Tarifverträge – in diesen Krisenzeiten das Erreichen ausgehandelter Lösungen zu gefährden, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Löhnen und Gehältern zugute kommen. Aber die Krise und die zu ihrer Bewältigung erforderlichen Maßnahmen können und dürfen nicht zu einem Vorwand für eine weitere Aushöhlung grundlegender Grundsätze und Rechte am Arbeitsplatz werden.

Was sind die sozialen Auswirkungen der Krise?

Abschwächung der Konjunktur

Die Krise hat das Wirtschaftswachstum seit Mitte der 1990er-Jahre zum Stillstand gebracht, und in fortgeschrittenen Volkswirtschaften gibt es bereits ein negatives Wachstum. Die neuesten Prognosen des IWF gehen davon aus, dass die weltweite Wirtschaftsleistung nach einer Schrumpfung um 1,4 Prozent im Jahre 2009 2010 wieder um 2,5 Prozent zunehmen wird. Die Volkswirtschaften von Schwellen- und Entwicklungsländern erlebten ein Wachstum von 8,3 Prozent im Jahre 2007, aber 2009 sank das Wirtschaftswachstum auf 1,5 Prozent. China und Indien, zwei der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften, haben mit einer Abschwächung von 13,0 Prozent bzw. 9,4 Prozent 2007 auf 7,5 Prozent bzw. 5,4 Prozent 2009 zu kämpfen. Die Schrumpfung des BIP Mexikos, einer der größten Volkswirtschaften, von 7,3 Prozent für 2009 gilt als eine der schwerwiegendsten und ist teilweise durch die Abschwächung des Welthandels bedingt⁷. Die einkommensschwachen Länder sehen sich mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert, weil die offiziellen Hilfen wahrscheinlich abnehmen werden und diese Ökonomien gegen Schwankungen bei den Warenpreisen besonders empfindlich sind, wie die Nahrungsmittelkrise deutlich gemacht hat. Direktinvestitionen im Ausland (FDI) sind eine wichtige

Schwere Folgen für lettische Beschäftigte durch IWF-Rettungsvereinbarung

Einige Jahre lang gab es in den drei baltischen Staaten ein beeindruckendes Wachstum im Vergleich mit den übrigen EU-Ländern. Heute gehören diese Staaten zu denjenigen, die am schwersten betroffen sind. Um den Zusammenbruch der Wirtschaft zu verhindern, musste Lettland einen Kredit beim IWF beantragen und dessen Bedingungen akzeptieren. Nach dem Sturz in eine tiefe Rezession suchte Lettland verzweifelt Geld, um bis Ende 2008 ein immer größer werdendes Haushaltsloch zu stopfen. Im Dezember

Dabei ist deutlich geworden, dass das Jahr 2009 mit der schlechtesten jemals gemessenen Bilanz bei der Schaffung von Arbeitsplätzen enden wird.

2008 gewährte eine Gruppe internationaler Geldgeber Lettland einen Kredit in Höhe von € 7,5 Milliarden (US-\$ 10,5 Milliarden), und zwar zu folgenden Bedingungen: Die Rettungsvereinbarung Lettlands mit dem IWF und der Europäischen Kommission schreibt vor, dass das Land sein Haushaltsdefizit auf 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts begrenzt und Strukturreformen durchführt.

Die Haushaltskürzungen bringen für die Menschen von Lettland sinkende Löhne und einen Abbau sozialer Garantien mit sich. Während die Regierung knauserig gegenüber den Menschen im Lande war, musste sie eingreifen und die zweitgrößte Bank in Lettland, die „Parex“-Bank, retten, um das Vertrauen in den Finanzsektor wiederherzustellen.

Die Gehälter für Staatsbedienstete wurden schon im Dezember 2008 um mindestens 15 Prozent gekürzt. Lehrer und im Gesundheitswesen Tätige sind von einer großen Strukturreform betroffen. Im Rahmen von Kostensenkungsmaßnahmen zum Abbau des Haushaltsdefizits von Lettland gibt es Pläne zur Schließung von Dutzenden von Schulen und Gesundheitseinrichtungen. Die Regierung plante weitere Lohnsenkungen um 20 Prozent im Juni 2009 und Kürzungen des Bildungshaushalts um 25 Millionen Lats sowie des Gesundheitshaushalts um 40 Millionen Lats. Dies wird laut der Freien Gewerkschaftsföderation Lettlands unweigerlich zu Tausenden weiteren Entlassungen führen.

Derzeit hat Lettland die zweithöchste Arbeitslosenquote in der EU hinter Spanien, und die lettische Gewerkschaft LBAS befürchtet, dass der IWF-Kredit und die daran geknüpften Bedingungen Sektoren wie die Industrie und die Landwirtschaft schrumpfen lassen und wachsende soziale Spannungen unter der Bevölkerung, vor allem unter Lehrern und den Beschäftigten im Gesundheitswesen und im verarbeitenden Gewerbe, auslösen könnten.

Quelle: ITUC Union View – Lettland (erscheint in Kürze)

Wachstumsstütze in vielen asiatischen und afrikanischen Ökonomien, aber insgesamt gehen konservative Schätzungen davon aus, dass die FDI in Entwicklungsländern 2009 um über 30 Prozent zurückgehen werden. Angesichts der Tatsache, dass sich die internationale Wirtschaftsaktivität auch 2009 erheblich abschwächen wird, ist es unausweichlich, dass die Arbeitslosenquote weiter steigen wird.

Wachsende Arbeitslosigkeit

Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) schätzt, dass die weltweite Arbeitslosigkeit wahrscheinlich 2009 um 59 Millionen Arbeitslose gegenüber 2007 zunehmen wird und dass die Gesamtzahl der Arbeitslosen auf 239 Millionen weltweit ansteigen könnte. Dies entspricht einer internationalen Arbeitslosenquote von 7,4 Prozent.⁸ Die IAO hat Daten seit 1991 ausgewertet, das als Startpunkt einer integrierteren Weltwirtschaft gelten kann. Dabei ist deutlich geworden, dass das Jahr 2009 mit der schlechtesten jemals gemessenen Bilanz bei der Schaffung von Arbeitsplätzen enden wird.

Wenn in Asien Fabriken geschlossen werden, weil die Nachfrage in der westlichen Welt sinkt, müssen Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in ihre Heimat auf dem Land zurückkehren. Dies wirkt sich auf

Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten:

Die USA waren das erste Land, das von der Rezession, der Kreditklemme und dem darauffolgenden Abschwung auf dem Arbeitsmarkt betroffen war. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen (länger als 27 Wochen arbeitslos) hat sich seit Dezember 2007 verdreifacht. Gemäß dem Bureau of Labor Statistics (BLS) gingen in den meisten Branchen Arbeitsplätze verloren, wobei sich dies in der Bauwirtschaft und im Einzelhandel abschwächte: „In der Fertigungsindustrie gingen im Mai 156.000 Arbeitsplätze verloren [...] Im Mai sank die Zahl der Arbeitsplätze in der Baubranche um 59.000 gegenüber einem durchschnittlichen monatlichen Verlust von 117.000 Stellen in der Branche während der vorangegangenen sechs Monate [...] Der Stellenabbau bei den Fach- und Geschäftsdienstleistungen verringerte sich im Mai, als in der Branche 51.000 Stellen abgebaut wurden [...] Die Zahl der Arbeitsplätze im Einzelhandel sank um 18.000 im Mai; der Stellenabbau im Einzelhandel schwächte sich in den letzten beiden Monaten deutlich ab¹¹.“

Quelle: AFL-CIO: U.S. Unemployment Rate now 9.4 Percent, von Tula Connell, 8. Juni 2009

die Lebensumstände ihrer Familien aus und führt gleichzeitig zu einem starken Rückgang des BIP der überweisungsempfangenden Länder. In den Anfangstagen der Finanzkrise herrschte die Meinung vor, dass die Auswirkungen auf Afrika wegen dessen geringer Integration in die Weltwirtschaft nur geringfügig sein würden. Aber „in einer globalisierten Welt werden Probleme in einem Teil des Systems schnell anderswo spürbar“⁹. Die Krise droht die Fortschritte bei der Wirtschaftsleistung zunichte zu machen und die Hoffnungen der Menschen zu untergraben, sich durch menschenwürdige Arbeit aus der Armut befreien zu können. Es ist davon auszugehen, dass auch die Fortschritte bei der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) einen schweren Rückschlag erleiden werden¹⁰.

Arbeitslosenquote, Welt und Regionen (%)

Gesamt	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Welt	6,4	6,2	6,3	6,4	6,5	6,5	6,3	6,0	5,7	5,9	7,4
Entwickelte Volkswirtschaften und Europäische Union	6,9	6,6	6,7	7,3	7,3	7,1	6,8	6,3	5,7	6,1	9,0
Mittel- und Südost-Europa (Nicht-EU) & GLUS	12,7	10,8	10,3	10,1	10,1	9,9	9,4	9,1	8,4	9,0	12,1
Ostasien	4,7	4,5	4,5	4,4	4,3	4,2	4,2	4,0	3,9	4,3	5,8
Südostasien und Pazifik	5,1	5,0	5,8	6,0	6,2	6,4	6,4	6,0	5,4	5,4	6,2
Südasien	4,4	4,6	4,6	4,6	4,7	5,3	5,3	5,2	5,0	5,0	5,6
Lateinamerika und Karibik	8,7	8,6	8,9	9,1	9,1	8,5	8,1	7,4	7,1	7,2	8,4
Nahost	10,0	9,5	10,9	10,8	12,1	9,2	9,8	10,1	9,5	9,0	11,0
Nordafrika	13,3	14,1	13,6	13,4	13,1	12,3	11,5	10,5	10,6	10,0	11,1
Afrika südlich der Sahara	7,9	7,9	8,1	8,1	8,2	7,9	7,9	7,8	7,7	7,6	8,2

Quelle: ILO, Trends Econometric Models, Mai 2009

In der Textil-, Bekleidungs- und Schuhbranche gingen laut der Internationalen Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter-Vereinigung (ITBLAV), die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Sektoren vertritt, in den letzten neun Monaten über elf Millionen Arbeitsplätze verloren, und weitere drei Millionen sind gefährdet.

In China hat der Stellenabbau durch umfangreiche Werksschließungen - nicht nur wegen der Krise, sondern auch aufgrund der industriellen Restrukturierung auf eine höhere Mehrwertproduktion - über 20 Millionen entlassene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der Suche nach Arbeit zur Rückkehr in ihre ländliche Heimat gezwungen. In den letzten beiden Monaten von 2008 wurden in Indonesien mehr als 40.000 Menschen entlassen, hauptsächlich in der Elektronik- und Fertigungsbranche. Die Zahl der Arbeitsplätze in der Fertigung sank um 120.000 auf den Philippinen und um 20.000 in Singapur¹².

Langzeitarbeitslosigkeit kann die Gesellschaft als ganze letztlich teurer zu stehen kommen als der anfängliche Schock der Finanzkrise, weil einige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer umgeschult werden müssen, um wieder auf den Arbeitsmarkt zurückkehren zu können. Andere kehren möglicherweise

Die wichtigsten Ergebnisse der IAO:

- In den entwickelten Ökonomien wie der EU wird die Gesamtzahl der Arbeitsplätze dieses Jahr voraussichtlich um 1,3 bis 2,7 Prozent sinken. Auf diese Region entfallen wahrscheinlich 35 bis 40 Prozent des gesamten weltweiten Anstiegs der Arbeitslosigkeit, wiewohl auf sie weniger als 16 Prozent der weltweiten Erwerbsbevölkerung entfallen.
- In Mittel- und Südosteuropa (Nicht-EU) und der GUS könnte sich die Zahl der Arbeitslosen 2009 um volle 35 Prozent erhöhen. Die Beschäftigungsquote wird voraussichtlich um einen Betrag zwischen 1 und 2,8 Prozent schrumpfen.
- In Ostasien lebten beim Ausbruch der Krise schätzungsweise 267 Millionen Menschen, das heißt über ein Drittel aller Erwerbstätigen, von weniger als 2 US-\$ pro Tag. Es gab etwa zwölfmal so viele an gefährdeten Arbeitsplätzen Tätige als Arbeitslose.
- Für die Region Südostasien und den Pazifik wird nur eine geringfügige Zunahme der Arbeitslosigkeit prognostiziert, auch wenn Beschäftigte und Firmen in exportorientierten Branchen schwer betroffen sind.
- In Südasien sind annähernd 5 Prozent der Erwerbsbevölkerung arbeitslos. Fast 15-mal so viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind erwerbstätig, aber in gefährdeten oder prekären Verhältnissen. Die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die von weniger als 2 US-\$ pro Tag leben, wird zwischen 2007 und 2009 voraussichtlich um bis zu 58 Millionen steigen.
- In Lateinamerika wird die Arbeitslosenquote den Prognosen zufolge von 7,1 Prozent im Jahre 2007 auf zwischen 8,4 und 9,2 Prozent 2009 zunehmen.
- Die IAO erwartet für 2009 gegenüber 2007 in Nahost eine Zunahme der Arbeitslosenquote von bis zu 25 Prozent und von bis zu 13 Prozent in Nordafrika. Bei der Zahl der gefährdeten Arbeitsplätze wird ebenfalls eine Zunahme in beiden Regionen erwartet. Etwa einer von drei Beschäftigten in jeder Region befindet sich in einem gefährdeten Arbeitsverhältnis, und diese Quote könnte bis auf 4 von 10 zunehmen.
- In Afrika südlich der Sahara befinden sich schätzungsweise 73 Prozent der Beschäftigten in gefährdeten Arbeitsverhältnissen, und hier könnte es 2009 einen Anstieg auf über 77 Prozent geben. Die Krise und die mögliche Senkung der offiziellen Entwicklungshilfe (ODA) stellen eine schwer wiegende Bedrohung der Investitionen in Infrastruktur und Kapitalgüter dar, die für die Weiterentwicklung dieser Region unerlässlich sind.
- Über 200 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer könnten in äußerste Armut geraten, hauptsächlich in Entwicklungs- und Schwellenländern, in denen es kaum oder gar keine sozialen Sicherheitsnetze gibt. Die Folge wäre, dass die Zahl der erwerbstätigen Armen auf 1,4 Milliarden ansteigen könnte.

Quelle: http://www.ilo.org/global/About_the_ILO/Media_and_public_information/Press_releases/lang--en/WCMS_106525/index.htm

Das geschlechtsspezifische Lohngefälle könnte sich wegen der Krise verschärfen

Die Gewerkschaften Australiens befürchten, dass sich das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen wegen einer im Juli 2009 getroffenen Entscheidung zur Einfrierung des Mindestlohns verschärfen könnte. Die ACTU berichtet, dass Frauen bei den schlecht bezahlten und Teilzeitarbeitsplätzen überrepräsentiert sind – fast ein Drittel der Frauen verdient weniger als den gesetzlichen Mindestlohn. Die unglückliche Entscheidung zum Einfrieren der Löhne unterbezahlter ArbeitnehmerInnen wird diese Ungleichheit verschärfen.

aus Verzweiflung oder weil sie keine Arbeit finden können nie zurück, und diejenigen, die ursprünglich in der ersten Zeit des Arbeitsplatzverlusts Arbeitslosenunterstützung erhalten haben, könnten nach einer gewissen Zeit aus dem Sozialsystem herausfallen. Durchschnittlich dauert es drei bis fünf Jahre, bis der Arbeitsmarkt nach einer wirtschaftlichen Erholung wieder auf den normalen Stand zurückkehrt. Gleichzeitig stehen Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, unter wirtschaftlichem Druck, der zu einer Zunahme der Insolvenzen führt, die wiederum unausweichlich einen Mangel an neuen Arbeitsplätzen nach sich ziehen. Gemäß International Institute for Labour Studies (IILS) müssten in den kommenden fünf Jahren weltweit über 300 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden, um wieder den Stand vor der Krise zu erreichen.¹³

Sinkende Kaufkraft – Erosion der Ersparnisse der Menschen

Millionen von Menschen mussten es erleben, dass ihre Renten, Ersparnisse, ihr Heim und ihr Arbeitsplatz plötzlich vernichtet waren. Die unmittelbare Folge einer Entlassung ist ein realer Einkommensverlust, der sich auf den Gesundheit- und Sozialversicherungsschutz des Erwerbstätigen und seiner Familie auswirkt und den Staatshaushalt zusätzlich belastet. Wie Wellen im Wasser bereiten sich die Folgen der Krise von der Finanzwelt rasch in die Welt der Arbeit und in andere Sektoren aus, wo oft vor allem gering qualifizierte Arbeitskräfte von Entlassungen betroffen sind. Für sie ist es oft besonders schwierig, eine neue Stelle zu finden, und der soziale und wirtschaftliche Schlag der Arbeitslosigkeit trifft sie oft härter als Haushalte mit einem mittleren und niedrigen Einkommen.

Der starke Einbruch der Nachfrage und die Tatsache, dass die Verbraucher wegen der Krise weniger ausgeben, wirkt sich auf die Exportindustrie und die Nachfrage nach Arbeitskräften aus, insbesondere in Asien, Nord- und Südamerika und Europa. Im Februar 2009 sanken die Exporte aus China um fast 26 Prozent gegenüber dem Vorjahr, und in Indonesien schrumpften die Exporte um etwa 33 Prozent¹⁴. Um die finanziellen Verluste zu begrenzen, suchten viele Betriebe, Fabriken und Unternehmen nach anderen Lösungen. Oft wurde die Arbeitszeit der Mitarbeiter verkürzt oder diese wurden aufgefordert, unbezahlten Urlaub zu nehmen.

Gemäß dem Regionalbüro der IAO für den Asien-Pazifikraum stiegen zwischen 2001 und 2007, einem Zeitraum sehr starken Wirtschaftswachstums, die durchschnittlichen Reallöhne in Teilen der Region um durchschnittlich 1,8 Prozent. Dies liegt weit unter dem durchschnittlichen jährlichen Wachstum der Arbeitsproduktivität im selben Zeitraum¹⁵. Schon vor der Krise sank der Anteil der Löhne und Gehälter am nationalen Einkommen während der letzten Jahre in vielen Ländern. Die Abschwächung der Konjunktur setzt die Löhne und Gehälter weiter unter Druck, und diese könnten in den nächsten Monaten stagnieren oder sogar sinken. Dies ist eine beunruhigende Entwicklung, weil die Erhaltung der Kaufkraft der Menschen und der Verbrauchernachfrage durch Aufrechterhaltung angemessener Löhne der Schlüssel für den Weg aus der Krise ist. Insgesamt haben aber schon viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in eine bescheidene oder gar keine Lohnerhöhung eingewilligt, um ihren Arbeitgeber und ihren Arbeitsplatz zu behalten, aber die Tendenz zu einem allgemeinen Lohnstopp in unserer Wirtschaft wird den Abschwung nur beschleunigen.

Druck auf australische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer:

Ein Lohnstopp für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Mindestlohn wird über 1,3 Millionen Menschen betreffen, die sich bereits am unteren Ende der Lohnskala befinden, und geht zulasten des Lebensstandards und der Kaufkraft arbeitender Familien. Die Gehälter von Führungskräften und anderen Menschen mit hohem Einkommen sind von der Entscheidung der australischen Gehaltskommission nicht betroffen, die ab Juli 2009 gilt. Dafür werden Beschäftigte mit Mindestlohn im nächsten Jahr jede Woche 16 AU \$ verlieren.

Viele Beschäftigte, die ihr ganzes Leben hart gearbeitet und für die Rente gespart haben, mussten machtlos einer Schrumpfung ihrer Rentensparnisse infolge der Finanzkrise und ihrer riskanten Instrumente zur Realisierung schneller Gewinne zusehen. Viele Rentenprogramme und -fonds sind an die Performance der Aktienmärkte gebunden, die aber seit 2008 mit schweren Folgen für den Rentenwohlstand von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Talfahrt sind. In den Vereinigten Staaten ist der Wert der Rentenpläne 2008 um etwa 15% gesunken; gemäß der Federal Reserve gingen zwischen dem zweiten Quartal 2007 und dem zweiten Quartal 2008 eine Billion US-Dollar verloren.¹⁶ Bei einem derartigen Schwund der Renten sehen wir schweren Folgen für die finanzielle Absicherung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entgegen, die vor dem Ruhestand stehen. Die Sicherheit der Renten und das Recht auf menschenwürdige, angemessene und vorhersagbare Renten muss ein Kernelement von Konjunkturplänen sein, weil die weltweite Wirtschaftskrise die Gefahren nicht abgesicherter individueller Rentenbeitragsmodelle offenkundig gemacht hat, bei denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den größten Teil, wenn nicht das gesamte Rentenrisiko tragen.¹⁷

Besonders stark von der Krise betroffen sind Frauen, weil sich ihre ohnehin schon unterbezahlte Arbeit infolge des Abschwungs in Luft auflöst. Sie müssen also die Last der Betreuung im Haushalt ohne Einkommen oder Sozialleistungen schultern. Frauen sind oft die Säule in Branchen, die von der sinkenden Nachfrage betroffen sind; in der Dienstleistungs-, Export-, Fertigungs- und Bekleidungsbranche arbeiten etwa 60 bis 80% Frauen, und die Weltbank schätzt, dass diese Branchen in den kommenden Monaten erheblich schrumpfen werden. Frauen in diesen Branchen haben oft schlecht bezahlte, gering qualifizierte, befristete Arbeitsplätze mit sehr wenigen Rechten, und sie sind jetzt wegen der Krise gefährdet.¹⁸

Zunahme der informellen Beschäftigung

Die Qualität der Arbeitsplätze und die Lebensqualität sinken wegen der Krise. In einigen Entwicklungsländern gehen bis zu 60 Prozent der Erwerbsbevölkerung einer informellen Tätigkeit nach – ohne schriftliche Verträge oder soziale Sicherheit.¹⁹ In Indien etwa betrug die offizielle Arbeitslosenquote im Jahre 2005 4,7 Prozent, aber 83 Prozent der nicht-landwirtschaftlich Beschäftigten standen in einem informellen Arbeitsverhältnis, zwar mit Arbeit, aber ohne die Vorteile eines Schutzes des Arbeitsplatzes, einer Arbeitslosenversicherung oder eines Rentenanspruchs oder sicherer und gesunder Arbeitsbedingungen. Jeglicher Fortschritt, der bei einem Abbau informeller Beschäftigung erreicht wurde, ist durch die Krise bedroht, da Millionen von Arbeitsplätzen im formellen Sektor verloren gegangen sind.

Die gegenwärtige internationale Wirtschaftskrise wird wegen des Verlustes von Arbeitsplätzen im formellen Sektor wahrscheinlich zu einem Anstieg der ländlichen, gefährdeten und informellen Beschäftigung führen, was wiederum eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und niedrigere Löhne für die Ärmsten nach sich ziehen wird. Dies betrifft vor allem Menschen in Schwellen- und Entwicklungsländern und wird für Millionen von Menschen die Hoffnung auf einen Wechsel in den formellen Sektor erheblich dämpfen. Vielmehr wird der Anteil von Beschäftigten an gefährlichen und gefährdeten Arbeitsplätze

Die Folgen der Krise für die HIV-Verbeugung und -Behandlung

Die Finanz- und Wirtschaftskrise beginnt sich auf die Bekämpfung von HIV/Aids auszuwirken. Indien hat vor kurzem seine Haushaltsmittel für Aids für das laufende Haushaltsjahr gekürzt. Eine vor kurzem durchgeführte Analyse von UNAIDS und der Weltbank zeigt, dass in einigen der am stärksten betroffenen Länder die Behandlungsprogramme beeinträchtigt werden. Über 3,4 Millionen Menschen mit HIV werden betroffen sein, und die Aussichten für die 7 Millionen, die eine Behandlung brauchen, aber keinen Zugang hierzu haben, sind düster.

Quelle: UNAIDS, 2nd Newsletter/09

zunehmen. Diejenigen Menschen, die ihren Arbeitsplatz behalten, werden sich mit verschlechterten Arbeitsbedingungen konfrontiert sehen. Weibliche Arbeitnehmer werden wahrscheinlich in Teilen von Asien und Lateinamerika ohne bezahlten Urlaub und Sozialversicherung arbeiten müssen.²⁰ Dieser Trend wird sich durch die internationale Wirtschaftskrise weiter verschärfen.

Sozialschutzmaßnahmen zur Dämpfung des Schocks und des Schmerzes des Einkommensverlusts fehlen in vielen Ländern der sich entwickelnden Welt und mit Sicherheit für die Mehrzahl von Männern und Frauen mit gefährdeten, einkommensschwachen informellen und ungeschützten Arbeitsplätzen. 80 Prozent der Weltbevölkerung haben kein soziales Sicherheitsnetz, das ihnen helfen könnte, wenn ihr Einkommen wegen des Verlustes des Arbeitsplatzes wegfällt, und diese Menschen werden jede Tätigkeit annehmen müssen, auch wenn sie gefährlich, schlecht bezahlt oder nur kurzfristig ist.

Weniger Sozialausgaben

Viele Regierungen sind sich der möglicherweise schweren Folgen bewusst, die eine Kürzung der staatlichen Leistungen oder Sozialausgaben auf die gefährdetsten Teile der Bevölkerung, hauptsächlich Frauen und Kinder, hat. Wenn die Einkommen sinken und das Defizit wächst, wird dies Folgen für das soziale Sicherheitsnetz, Barleistungen, die Schulbildung von Kindern und viele gefährdete Teile der Bevölkerung haben. Der IAO zufolge kann auch die Bildung und Weiterbildung betroffen sein, insbesondere in Entwicklungsländern, weil Kinder die Schule verlassen, um etwas zum Haushaltseinkommen beizutragen, oder weil sich Familien die Schule wegen der Kreditklemme nicht mehr leisten können.²¹

Eine wichtige Lehre aus früheren Krisen ist, dass Kürzungen bei den sozialen Entwicklungsausgaben langfristige Wirkungen auf Haushalte mit mittlerem und geringem Einkommen, Arbeitnehmer und Kranke und Alte haben können. Die ostasiatische Krise der Jahre 1997 - 1998 führte dazu, dass die durchschnittlichen Löhne in Indonesien um 20 - 30 Prozent sanken und Haushalte die Ausgaben für Gesundheitspflege und Schulbildung senkten. In Argentinien und Mexiko schrumpften in den 1990er-Jahren während der Rezession die vorgesehenen Sozialausgaben, und die Weltbank berichtet, dass Regierungen bei einem schwachen oder negativen Bruttoinlandsprodukt oft die Sozialausgaben senken.²²

Den neuesten Daten des AidWatch-Reports zufolge haben seit Dezember 2008 bereits vier europäische Regierungen ihre Entwicklungshilfebeiträge gesenkt: Estland, Irland, Italien und Lettland. Laut offiziellen Schätzungen der Europäischen Kommission werden die 15 alten Mitgliedstaaten (EU-15) ihr kollektives Ziel von 0,56 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) an Hilfe für 2010 erst 2012 erreichen und hinken damit ihrem Zeitplan um zwei Jahre hinterher. Die 12 neuen Mitgliedstaaten (EU-12) befinden sich ebenfalls im Rückstand, und es ist nicht zu erwarten, dass sie ihr gemeinsames Ziel von 0,17 Prozent rechtzeitig erreichen werden.²³

Die Folgen der Rezession und der Abschwächung des Handels werden sich weltweit in sinkenden Steuereinnahmen niederschlagen. In denjenigen Ländern, die in hohem Maße auf Entwicklungshilfe, Heimatüberweisungen oder Exporte

angewiesen sind, könnte der kurzfristige Schock und die hohe finanzielle Last höherer Zinsen und eines Wertverlusts der Währung dazu führen, dass weniger Geld für Sozialprogramme, Rentenprogramme, Schulen und Kredite ausgegeben wird. Langfristig wird es aber teurer sein, nicht in Sozialschutz zu investieren, als Kürzungen wegen kurzfristiger finanzieller Erwägungen vorzunehmen.

Rückgang der Heimatüberweisungen

Im Gegensatz zu früheren Finanzkrisen wird der Zusammenhang der aktuellen Krise mit den schweren Folgen für den Arbeitsmarkt und das Wirtschaftswachstum auch in der sich entwickelnden Welt es sehr unwahrscheinlich machen, dass ein stetiger Strom von Heimatüberweisungen zu einer Stabilisierung der Empfängerländer beitragen kann. Tatsächlich sind die Überweisungen ausländischer Arbeitnehmer überall stark gesunken; weltweit werden sie um über 7 Prozent zurückgehen. Dabei sind die Beträge, die ausländische Arbeitnehmer an ihre Familien nach Hause senden, von großer Bedeutung für die Entwicklung und stellen das Dreifache des Volumens der Entwicklungshilfe dar: 328 Milliarden US-Dollar oder etwa 2 Prozent des BIP der Entwicklungsländer nach Zahlen der Weltbank.²⁴ Die Löhne von Frauen sind eine der wichtigsten Einkommensquellen für Familien, die auf Heimatüberweisungen angewiesen sind, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Weibliche ausländische Arbeitnehmer sind aber oft ein leichtes Ziel für Arbeitgeber, die diese ausbeuten und ihnen nicht ihre Arbeitnehmerrechte zugestehen.²⁵

Die Heimatüberweisungen nach Lateinamerika werden Prognosen zufolge um 2 Prozent sinken, die erste Abnahme seit 2001. Eine ähnliche Tendenz ist in Asien zu beobachten, wo insbesondere die Überweisungen auf die Philippinen und nach Bangladesch sinken werden, weil ausländische Arbeitnehmer in Nahost entlassen werden und in ihre Heimatländer zurückkehren müssen.²⁶

Halten die Regierungen Wort?

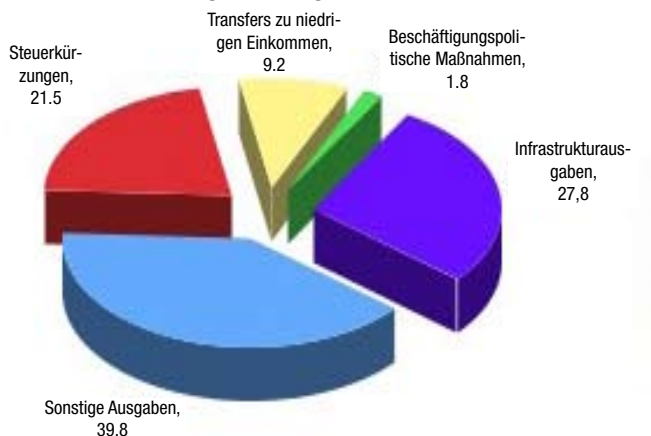
Während sich die Finanzkrise verschärfte, haben Regierungen Gegenmaßnahmen ergriffen, um ihre Finanzsysteme und ihre Wirtschaft im Allgemeinen zu stützen. Die fiskalpolitischen Konjunktur- und Ausgabenpakete von mehr als 40 Ländern weltweit lassen sich in drei Kategorien unterteilen: 1) finanzielle Rettungsmaßnahmen wie die Garantie von privaten Spareinlagen und Bankkrediten, Kapitalspritzen und Ankauf „toxischer“ Papiere; 2) geldpolitische Maßnahmen wie Zinssenkungen und 3) fiskalpolitische Rettungsmaßnahmen, z. B. Senkung der Unternehmens- und Verbrauchssteuern und Erhöhung der Ausgaben für öffentliche Güter und Dienstleistungen.

Aber welcher Anteil der Konjunkturpakete wird für Investitionen in öffentliche Ausgaben und Infrastruktur z. B. zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Erzeugung einer höheren Produktivität aufgewendet? Wenn es Regierungen darum geht, das Vertrauen, Wachstum und Arbeitsplätze wiederherzustellen, wie es im Communiqué des G20-Gipfeltreffens in London heißt: Welche fiskalpolitischen und weltweiten Stimulationsmaßnahmen gelten dann der Beschäftigung, und lassen die Regierungen ihren Worten dann auch konkrete Taten folgen? Das International Institute for Labour Studies (IILS) hat die fiskalpolitischen

Die Löhne von Frauen sind eine der wichtigsten Einkommensquellen für Familien, die auf Heimatüberweisungen angewiesen sind, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Weibliche ausländische Arbeitnehmer sind aber oft ein leichtes Ziel für Arbeitgeber, die diese ausbeuten und ihnen nicht ihre Arbeitnehmerrechte zugestehen.

Rettungsmaßnahmen in 10 fortgeschrittenen und 12 Entwicklungs- und Schwellenökonomien analysiert und bei der Prüfung der Ausgabenstruktur festgestellt, dass erstaunlich wenig Geld für Beschäftigungsmaßnahmen und soziale Transfers aufgewandt wird (siehe Graphik unten).

Zusammensetzung der Ausgaben:



Quelle: Daten des ILS, die die Zusammensetzung der Ausgaben zeigen (in % des Gesamtprogramms), basierend auf 22 Ländern.

Positiv schlägt zu Buche, dass 16 der 22 Länder einen Teil der Konjunkturpakete für Infrastruktur- und öffentliche Bauprojekte aufwenden wollen, was Arbeitsplätze schaffen sollte. Solche Maßnahmen sind bisher in den betrachteten Entwicklungs- und Schwellenländern dreimal höher (46,5 Prozent) als bei den fortgeschrittenen Volkswirtschaften (14,9 Prozent). Es geht dabei um Konjunkturausgaben in Ländern wie China, Deutschland, Japan, Portugal, Saudi-Arabien und den Vereinigten Staaten in Bereichen wie z. B. Bau und Instandsetzung von Straßen, Brücken, Schienenstrecken und der ländlichen Infrastruktur sowie Energieeffizienzprojekte. Auf Beschäftigungsmaßnahmen wie Ausbildungsprogramme, Arbeitslosenunterstützung und Schaffung von Arbeitsplätzen entfallen jedoch bei den fortgeschrittenen Volkswirtschaften nur 3 Prozent der Gesamtausgaben, während die Entwicklungs- und Schwellenländer nur 0,2 Prozent ihrer fiskalpolitischen Pakete für solche Arbeitsmarktinitiativen ausgeben.²⁷

Weiterhin wurden diese Konjunkturpakete Ende 2008 oder Anfang 2009 beschlossen, aber seither hat sich die Lage der Weltwirtschaft erheblich verschlechtert, und es ist durchaus möglich, dass die Ausgaben zur Bekämpfung der wachsenden Rezession nicht ausreichen werden. Während der IWF einen weltweiten Anreiz in Höhe von 2 Prozent der Weltwirtschaftsleistung empfohlen hat, beläuft sich dieser derzeit nur auf 1,4 Prozent weltweit. Außerdem ist nicht klar, wie viel davon alte und neue Ausgaben sind und welcher Zeitrahmen für die Umsetzung vorgesehen ist. Und schließlich sind die finanziellen Rettungsmaßnahmen wesentlich umfangreicher als die fiskalpolitischen Rettungsmaßnahmen. Großbritannien hat 28,6 Prozent des BIP für finanzielle Rettungsmaßnahmen und nur 1,3 Prozent für fiskalpolitische Rettungsmaßnahmen ausgegeben, Deutschland ebenso 19,8 Prozent für

Der IGB befürchtet, dass die versprochenen Verpflichtungen bezüglich Arbeitsplätzen und Sozialschutz leere Worte bleiben, weil die Regierungen die notwendigen Mittel für die Umsetzung nicht bereitstellen.

Erstere und 2,8 Prozent für Letztere.²⁸

Der IGB befürchtet, dass die versprochenen Verpflichtungen bezüglich Arbeitsplätzen und Sozialschutz leere Worte bleiben, weil die Regierungen die notwendigen Mittel für die Umsetzung nicht bereitstellen. Auf dem vor kurzem abgeschlossenen G8-Gipfel im Juli 2009 war nicht die Rede von weiteren Mitteln für die Bekämpfung der hohen und steigenden Arbeitslosenquote. Dabei ist in den entsprechenden Zahlen nicht einmal die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer berücksichtigt, die ihren Arbeitsplatz nur durch Kurzarbeit oder unbezahlten Urlaub behalten haben, und nicht die Änderungen in der Qualität der Arbeitsplätze oder das Ausmaß der Unterbeschäftigung. Stattdessen sollte der Globale Beschäftigungspakt der IAO, auf den sich Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgeber im Juni 2009 geeinigt haben, im Mittelpunkt der internationalen Handlungsstrategien stehen, um sich von dem gescheiterten Marktliberalismus zu verabschieden und sicherzustellen, dass Regierungen und Arbeitgeber Arbeitsplätze erhalten und eine deflationäre Lohnspirale und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen vermeiden. Der IAO-Pakt hebt die Bedeutung öffentlicher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wie z. B. Infrastrukturentwicklung sowie der Hilfe für Arbeitslose, von Weiterbildung und Kompetenzentwicklung hervor. Aber das Wichtigste muss erst noch geleistet werden: sicherzustellen, dass Taten sprechen, nicht Worte.

Die hohe Arbeitslosigkeit, die die Welt derzeit erlebt, lässt wenig Hoffnung für eine Erholung des Arbeitsmarkts in nächster Zukunft. Um die Konjunktur anzukurbeln, müssen sich die Staats- und Regierungschefs und die Regierungen der Welt mit der Beschäftigungskrise auseinandersetzen; andernfalls wird gerade das Herz unserer Volkswirtschaft – die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – den höchsten Preis bezahlen müssen. Im nächsten Kapitel wird gezeigt werden, wie sich die Gewerkschaften der Herausforderung stellen und sich Gehör verschaffen wollen.

Global-Unions-Rat: Einsatz für wirtschaftliche Erholung

In einer Veröffentlichung des Global-Unions-Rates vom Mai 2009 werden alternative Gewerkschaftsstrategien für die globale Wirtschaft erläutert, wobei die Schaffung von Arbeitsplätzen und ein auf humanitären Werten basierender wirtschaftlicher Erholungsplan im Vordergrund stehen. Global Unions argumentieren, dass die Wirtschaftskrise eine neue Betrachtungsweise der Antriebsmotoren der globalen Wirtschaft erfordere und betonen die katastrophalen Auswirkungen der Finanzderegulierung auf die Arbeitsplätze.

In dem Bericht werden verschiedene Kooperationsbereiche von Global Unions erläutert, wobei die internationale Gewerkschaftsbewegung in dieser Zeit der Krise ihre politischen und industriellen Kräfte bündelt, um u.a. Fortschritte in Bezug auf die demokratische Kontrolle der Wirtschaft; den Erhalt qualitativ hochwertiger öffentlicher Dienste und Bildungsangebote; die Eindämmung von Einkommensungleichheiten in der globalen Wirtschaft und die unerlässliche Notwendigkeit einer neuen Finanzarchitektur zu erzielen.

Kurz gesagt, die Artikel in der Veröffentlichung "Global Unions: Arbeit für die Welt – Strategien der Global Unions für eine wirtschaftliche Erholung" legen die Forderung der Gewerkschaftsbewegung nach einem Richtungswechsel und einem Bruch mit der Habgier, dem Eigennutz und den Ungleichheiten der Vergangenheit dar und machen deutlich, dass die Regierungen künftig die Menschen in den Mittelpunkt rücken müssen

Die Welt muss nach der Krise ein anderes Gesicht haben, und zwar auf der finanzwirtschaftlichen Ebene ebenso wie auf dem Arbeitsmarkt.

III. Die Gewerkschaften und die weltweite Krise

In Kapitel I wurden die Folgen der Weltwirtschaftskrise dargestellt, wie sie diese Generation von ArbeitnehmerInnen und ihre Familien noch nicht erlebt haben, und die den höchsten Stand der Arbeitslosigkeit seit der Weltwirtschaftskrise in den 1930er-Jahren mit sich gebracht hat. ArbeitnehmerInnen in aller Welt, von Nord- und Südamerika bis Asien, von Bulgarien bis Burkina Faso und von Kanada bis Kolumbien müssen sich jetzt mit der Realität prekärer Arbeitsbedingungen, Lohndruck, massiver Arbeitslosigkeit und weit verbreitetem mangelndem Sozialschutz auseinandersetzen. Die Welt als ganze bezahlt jetzt für eine Krise, die durch Habgier, hemmungslose Spekulation und eine neoliberale Politik ausgelöst wurde.

Das nachfolgende Kapitel ist ein Beleg für die Entschlossenheit der Gewerkschaften, die Krise zu bekämpfen und eine neue und sozial gerechte Weltordnung zu schaffen. Und ob die Gewerkschaften Demonstrationen organisieren, an neuen Vorschlägen zur Überwindung der Krise arbeiten oder politischen Druck mobilisieren - eines ist klar: eine Rückkehr zu „Business as usual“ kann es jedenfalls nicht geben. Die Welt muss nach der Krise ein anderes Gesicht haben, und zwar auf der finanzwirtschaftlichen Ebene ebenso wie auf dem Arbeitsmarkt. In diesem Kapitel wird über die Botschaften und Aktionen gewerkschaftlicher Organisationen in der ganzen Welt zur Herstellung dieser neuen Weltordnung berichtet.

IGB: Aktionstag

Im Rahmen einer weltweiten Kampagne für Maßnahmen der G20-Regierungen zur Sanierung der globalen Wirtschaft sowie zur Konzipierung einer neuen Strategie für die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Regulierung der Finanzmärkte und eine verantwortungsvolle „Global Governance“ hat der IGB am 23. März 2009 Gewerkschaften nicht nur aus den G20-Ländern, sondern aus der ganzen Welt aufgerufen, den Staats- und Regierungschefs und Regierungen der Welt ein gemeinsames Bündel von Forderungen vorzulegen. Der fünf Punkte umfassende Plan, die so genannte „Londoner Erklärung“, enthält ein umfassendes Paket von Maßnahmen, auf die sich der G20-Gipfel verständigen muss, um die Krise in den Griff zu bekommen und für die Zukunft eine gerechtere und nachhaltigere Weltwirtschaft aufzubauen. Dazu gehören:

- 1) ein abgestimmter internationaler Sanierungsplan zur Erreichung eines nachhaltigen Wachstums, um Arbeitsplätze zu schaffen und öffentliche Investitionen zu sichern;
- 2) die Verstaatlichung insolventer Banken und ein neuer finanzieller Ordnungsrahmen;
- 3) Maßnahmen zur Bekämpfung der Gefahr einer Lohndeflation und zur Umkehr der jahrzehntelang zunehmenden Ungleichheit;

Mittelamerika und Karibik: Bekämpfung der Erosion der Arbeitnehmerrechte

Die Coordinadora Sindical de América Central y El Caribe (CSACC) nutzte den 1. Mai, den Tag der Arbeit, für einen Aufruf zur Einheit im Kampf gegen die Aushöhlung der Arbeitnehmerrechte. Die CSACC warnte vor einer gewerkschaftsfeindlichen Politik und einem Abbau von Beschäftigungsstandards, die bei der Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der Wirtschaftskrise in Gefahr kommen könnten. Die dauerhafte Respektierung der Arbeitsstandards und der Menschenrechte ist ein Schlüsselfaktor für die Entwicklung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit und kann letztlich zu einer Wiederbelebung der Wirtschaft beitragen. Die CSACC fordert die Regierungen zu schlüssigen Lösungen auf, die sich vom derzeitigen Modell erheblich unterscheiden.

4) weitreichende Maßnahmen in Bezug auf den Klimawandel;

5) ein neuer internationaler Rechtsrahmen zur Regulierung der globalen Wirtschaft in Verbindung mit einer Reform der internationalen Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen (IWF, Weltbank, OECD, WTO).

Die Gewerkschaftsdachverbände in einer Vielzahl von Ländern (u. a. in Albanien, Argentinien, Belgien, Bulgarien, Kanada, der Tschechischen Republik, Japan, Mali, Marokko, Polen, Südafrika, Spanien und Schweden) haben ihren Regierungen die „Londoner Erklärung“ übermittelt. Darin wird ein umfassendes Aktionspaket dargelegt, auf das sich der G20-Gipfel verständigen muss und über das auch bei einem speziell anberaumten Treffen des IGB und des Europäischen Gewerkschaftsbundes mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, in Brüssel diskutiert wurde.

„Es scheinen Schritte in Richtung auf eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte und des Bankensystems unternommen zu werden, ebenso wie zur Auseinandersetzung mit den destruktiven Auswirkungen von Steueroasen auf die Staatseinnahmen und die Notwendigkeit konkreter Maßnahmen in Bezug auf den Klimawandel, aber eine Verständigung auf die erforderlichen wirtschaftlichen Impulse ist bisher nicht in Sicht. Ebenfalls unklar ist weiterhin, ob der Internationalen Arbeitsorganisation neben den internationalen Finanz- und Handelsorganisationen eine zentrale Rolle bei der Neugestaltung der Weltwirtschaft zugewiesen wird“, kommentierte IGB-Generalsekretär Guy Ryder, der am gleichen Tag in Genf auf einer der Finanzkrise gewidmeten hochrangigen dreigliedrigen Tagung anlässlich der IAO-Verwaltungsratssitzung sprach.

Gewerkschaften aus aller Welt übten ihren Einfluss aus und trafen sich im Vorfeld des Gipfels und in London selbst mit den Staats- und Regierungschefs der G20. Sie trugen maßgeblich dazu bei, dass das Thema Beschäftigung als Hauptpriorität in die Reform und den Sanierungsplan aufgenommen wird.

Der lange Weg zur Erholung in Nord- und Südamerika

Die verheerenden Folgen der Weltwirtschaftskrise beherrschten die Tagesordnung, als die Gewerkschaftsverbände von Bolivien, Chile, Kolumbien, Ecuador, Peru und Venezuela im März 2009 zum jährlichen Andean Union Summit zusammenkamen. Es wurden die direkten Folgen der Krise diskutiert - die Werkschließungen und die damit verbundene Entlassung von Millionen von ArbeitnehmerInnen in der Region und wie die Sicherheit und das Überleben dieser Menschen sichergestellt werden könnte. Es ist bisher wenig geschehen, um eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wohlstands zu gewährleisten oder einen funktionierenden öffentlichen Sektor sicherzustellen, der in der Lage ist, in Menschen und Infrastruktur zu investieren. Die TeilnehmerInnen des Andean Union Summit verabschiedeten eine Agenda für eine neue Wirtschaftsordnung mit dem Schwerpunkt auf einer nachhaltigen Entwicklung und einer einschließenden Gesellschaft, die eine aktive Teilnahme der ArbeitnehmerInnen an allen Aspekten der Entscheidungsfindung ermöglicht.

Kolumbien: Forderung nach einem alternativen Entwicklungsmodell

Die ArbeitnehmerInnen müssen sich nicht nur bössartiger Angriffe auf die gewerkschaftlichen Rechte, sondern auch noch der Wirtschaftskrise erwehren. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrise schlägt die CGT (Confederación General del Trabajo) dreiseitige Verhandlungen zur Vereinbarung eines alternativen Entwicklungsmodells vor, das die Stabilität der Gehälter, Renten und Arbeitsplätze sichern kann. Es soll ein Modell sein, das den Landwirtschafts- und Tourismussektor stärkt, um die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, ein Modell, das durch Konzentration auf Baugewerbe, Infrastruktur und die Schaffung neuer Unternehmen und Arbeitsplätze einen Impuls für die Arbeitswelt setzt.

Bei einem Treffen mit dem brasilianischen Präsidenten Lula da Silva im April 2009 erörterte die CUT (Central Única dos Trabalhadores) den Zustand der brasilianischen Wirtschaft, neue Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise und Möglichkeiten, wie Arbeitsplätze und Löhne geschützt werden können. Bei dem Treffen mit dem Präsidenten wies die CUT insbesondere auf die Notwendigkeit hin, ein neues Gesetz über Mindestlöhne zu billigen, da dieses ein äußerst wirksames Instrument zur Einkommensverteilung und zur Stärkung des Inlandsmarkts sei.

Im brasilianischen Staat Mato Grosso do Sul haben Força Sindical und Organisationen der Zivilgesellschaft ein Komitee für die Erarbeitung von Vorschlägen zur Bekämpfung der Krise und der wachsenden Arbeitslosigkeit mit ihren schädlichen Auswirkungen auf die Bevölkerung eingerichtet. Dieses Komitee hat einen offenen Brief an Entscheidungsträger verfasst, in dem deutlich gemacht wurde, dass die Menschen nicht für die Krise verantwortlich sind und dass die Lösungen daher nicht zulasten von Arbeitsstunden, Lohnniveau und Arbeitnehmerrechten gehen dürften. In Mato Grosso do Sul wurden Sozialausgaben und öffentliche Investitionen gerade zu einem Zeitpunkt gekürzt, zu dem sie besonders dringend benötigt werden, und die Situation wurde zusätzlich noch dadurch verschärft, dass in den letzten Monaten auch noch die Steuern für öffentliche Versorgungsleistungen wie z. B. Wasser, Strom und Transport erhöht wurden.



Am 1. Mai 2009 gingen schätzungsweise 1,5 Millionen ArbeitnehmerInnen in Sao Paulo auf die Straße, um für menschenwürdige Arbeit zu demonstrieren und die Bereitschaft der ArbeitnehmerInnen zu bekunden, die Wirtschaftskrise zu bekämpfen (Foto: Força Sindical).

Im April 2009 haben Vertreter der brasilianischen UGT (União Geral dos Trabalhadores) beim obersten Gericht Klage eingereicht, um zu erreichen, dass die Verlängerung des Arbeitslosengeldes für alle ArbeitnehmerInnen und nicht nur für die ehemaligen Beschäftigten der Gießerei-, mechanischen, Textil-, Chemie-, Automobil- und Gummibranche gilt, wie dies der Arbeitsminister verfügt hatte. Seit September 2008 haben über 700.000 ArbeitnehmerInnen ihren Arbeitsplatz verloren, aber nur 103.000 von ihnen erhalten ein angemessenes Arbeitslosengeld.

Investieren in junge Menschen in Lateinamerika:

Die Abschwächung des Wirtschaftswachstums in Lateinamerika wird negative Folgen für die Beschäftigung junger Menschen und das Ziel einer menschenwürdigen Arbeit haben. Eine Studie der Trade Union Confederation of the Americas (TUCA) verweist auf die Kreditklemme und die gesunkenen Preise für Exportgüter als Faktoren, die sich negativ auf die Beschäftigungssituation junger Menschen in der Region auswirken. Die TUCA verweist auf die Notwendigkeit wirtschafts- und sozialpolitischer Anstrengungen, um die Kreditgewährung sicherzustellen, die Nachfrage zu stimulieren, den Ausbau von Kompetenzen zu fördern und das Arbeitsplatzangebot für junge Menschen zu verbessern.

Die CTA (Central de los Trabajadores Argentinos) führte im Juli 2009 eine landesweite Kampagne für die Ratifizierung des IAO-Übereinkommens Nr. 102 über soziale Sicherheit durch. Übereinkommen 102 ist das einzige internationale Dokument über grundlegende Prinzipien der sozialen Sicherheit, das weltweit akzeptierte Mindeststandards hinsichtlich medizinischer Betreuung, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Altersvorsorge, Beschäftigung, Verletzungen, Familie, Mutterschaft, Arbeitsunfähigkeit und Hinterbliebenenleistungen enthält. Für die CTA ist es unabdingbar, dass die Regierung in diesen Krisenzeiten die Notwendigkeit der Schaffung einer sozialen Grundsicherung anerkennt, die in einer neuen Wachstumsphase als ständiges Umverteilungsinstrument dienen kann, aber gleichzeitig auch in schlechten Zeiten einen wirtschaftlichen und sozialen Schutz ermöglicht.

In den letzten 25 Jahren haben in den Vereinigten Staaten die Löhne stagniert, während Investoren und Kapitaleigentümer ihre Gewinne gemehrt haben. Die Verschuldung der Haushalte und die Ausgaben der Verbraucher sind in den USA unaufhörlich gestiegen und blähten die Konjunkturblase auf, bis diese schließlich platzte und eine Finanz- und Wirtschaftskrise auslöste, wie man sie seit der Weltwirtschaftskrise in den 1930er-Jahren nicht mehr erlebt hatte. Viele erwerbstätige Familien in Amerika kämpften schon vor dem derzeitigen Abschwung um das wirtschaftliche Überleben. Angesichts ständiger Angriffe auf das Recht auf Tarifverhandlungen wird das Einkommensgefälle weiter zunehmen, sofern nicht von institutioneller und behördlicher Seite entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dies geht aus einem Bericht der American Federation of Labour and Congress of Industrial Organizations (AFL-CIO) hervor, in dem es weiterhin heißt, dass das Kernproblem darin liegt, dass Menschen schlecht bezahlte Arbeit mit geringer oder überhaupt keiner Absicherung für den Krankheitsfall und Arbeitsplatzgarantie verrichten müssen.

In den Vereinigten Staaten erarbeiten Gewerkschaften kreative Vorschläge für ein gemeinsames Vorgehen gegen die Energiekrise, die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Wiederherstellung von Beschäftigung und für eine Verwendung der vielen Milliarden, die für die Konjunkturbelebung bereitgestellt werden, zur Schaffung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums, wobei auch wieder Gerechtigkeit gegenüber der erwerbstätigen Bevölkerung hergestellt wird. Die AFL-CIO ist der Meinung, dass heute eine einmalige Chance besteht, einen grundlegenden Wandel des Wirtschaftslebens herbeizuführen und an einem neuen Wirtschaftsmodell zu bauen, das den konjunkturellen Aufschwung und Wohlstand für alle bringt. Menschenwürdige, „grüne“ Arbeitsplätze können jene Art von Nachhaltigkeit schaffen, die für eine gesunde Wirtschaft so dringend erforderlich ist. Hierfür hat die AFL-CIO mit anderen Gewerkschaften ein Center for Green Jobs eingerichtet, das die Amerikaner auf die nächste Generation von Arbeitsplätzen im Sektor der Energieeffizienz, des Umweltschutzes, der Gebäudesanierung und der erneuerbaren Energien vorbereiten soll.

Sit-ins gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen in der Forstwirtschaft:

Die Schwestergewerkschaft der International Federation of Chemical, Energy, Mine and General Workers Unions (ICEM), die Communications, Energy and Paperworkers (CEP) Union of Canada, hat sieben Sit-ins in den Büros von wichtigen Persönlichkeiten der Legislative in diesem Land organisiert. Die Gewerkschaft verlangt finanzielle Unterstützung für die schwer in Mitleidenschaft gezogene Branche auf Bundesebene, eine Rentengarantie und einen nationalen Gipfel über die Krise der Forstwirtschaft zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Durchführung von Erholungsmaßnahmen. Nach Schätzungen der CEP sind in den letzten beiden Jahren in der Forstwirtschaft 55.000 Arbeitsplätze verloren gegangen.



Aufgenommen bei einem Sit-in vor dem Büro des kanadischen Parlamentsmitgliedes Jim Flaherty
(Foto: CEP www.cep.ca)

Der Canadian Labour Congress (CLC) organisiert eine Kampagne für einen Wechsel: "Get real! It's the economy – make it work for us" („Jetzt ernst machen! Es geht um die Wirtschaft - bringt sie für uns in Schwung"²⁹). Es ist eine dreiteilige Kampagne, die erstens die anhaltende Aushöhlung der Arbeitnehmerrechte während der letzten 25 Jahre angeht, zweitens einen Plan für die Stimulierung der Wirtschaft und zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, Renten und öffentlichen Leistungen vorlegt und drittens den Nachweis führen möchte, dass die Gewerkschaftsbewegung eine Rolle im Kampf um Gleichbehandlung spielen und Teil der Lösung sein kann. Ken Georgetti zufolge, dem Vorsitzenden der CLC, sind in Kanada seit Oktober 2008 406.000 Vollzeit-Arbeitsplätze verloren gegangen und sind jetzt 1,55 Millionen Kanadier arbeitslos; die Arbeitslosenquote lag bei 8,4 Prozent und hat damit den höchsten Stand seit 11 Jahren erreicht. Dabei erhalten nur 46,8 Prozent der Arbeitslosen tatsächlich Arbeitslosengeld, obwohl sie bereits Beiträge für das Programm entrichtet haben. Davon sind Tausende von ArbeitnehmerInnen, Familien und Gemeinschaften betroffen, und es ist mit dem ganzen System etwas faul, wenn sich ArbeitnehmerInnen in schwierigen Zeiten nicht auf dieses System verlassen können. Die CLC-Kampagne läuft seit 2009 in ganz Kanada.

Singapur: „Den Abschwung umkehren“

Der National Trades Union Congress (NTUC) ist entschlossen, den „Abschwung umzukehren“, damit die Wirtschaft kräftiger und widerstandsfähiger ist, wenn die weltweite Erholung einsetzt. Teil der Strategie ist es, Menschen durch Nachschulung und Weiterbildung an ihrem Arbeitsplatz zu halten, Frauen und älteren ArbeitnehmerInnen beim Wiedereintritt auf den Arbeitsmarkt zu helfen und den Tripartismus zu stärken, damit Unternehmen überleben und sich auf den neuesten Stand bringen können und mehr Arbeitsplätze erhalten werden können.

ArbeitnehmerInnen im Asien-Pazifik-Raum setzen sich für den Schutz von Arbeitsplätzen und die Wiederbelebung der Wirtschaft ein

Ein nationaler Protesttag, den die Pakistan Workers' Federation (PWF) am 15. Juli 2009 organisierte, mobilisierte landesweit die Menschen. Damit sollte dem Unmut über die arbeiterfeindliche Politik der Regierung Ausdruck verliehen und dieser deutlich gemacht werden, dass die Löhne der im industriellen und kommerziellen Sektor Beschäftigten angehoben werden müssten, um mit dem Anstieg der Preise Schritt zu halten. Unter der Bevölkerung wächst die Unzufriedenheit darüber, dass es den politischen Parteien nicht gelingt, eine gemeinsame Strategie zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise zu entwickeln.

Der Australian Council of Trade Unions (ACTU) hat auf seinem Dreijahreskongress in Brisbane im Juni 2009 einen neuen Plan zum Schutz von Arbeitsplätzen und der Rechte von ArbeitnehmerInnen vorgelegt. Die Gewerkschaften setzen sich nachdrücklich für die Umsetzung des Plans ein, in dem die Regierung unter anderem aufgefordert wird, die Ausgaben zur Förderung der Wirtschaft und der Infrastruktur an eine Unterstützung der lokalen Betriebe zu knüpfen. Weiterhin unterstützt der ACTU Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft, die die eigentlichen Ursachen der Instabilität angehen, wie z. B. eine effektive Regulierung der Geschäftstätigkeit und eine Deckelung der Gehälter von Führungskräften, die die weltweite Wirtschaftskrise verursacht haben. Und schließlich kam der Kongress zu dem Ergebnis, dass tief greifende Reformen unerlässlich sind, um die Einkommens- und Vermögenssicherheit für ArbeitnehmerInnen und ihre Familien zu gewährleisten, wie z. B. die Sicherung von Ansprüchen und Unterstützungsleistungen von ArbeitnehmerInnen für Unternehmen in gefährdeten Branchen, die gezwungen sind, die Produktion zurückzufahren.

Die Korean Confederation of Trade Unions (KCTU) ist besorgt über die schnelle Zunahme befristeter Arbeitsplätze, die nach der ersten Finanzkrise begann und sich jetzt verschärft. Erwerbstätige in prekären Erwerbsverhältnissen wie Vertrags- und Teilzeitarbeit oder Selbständigkeit stellen heute die Mehrheit der südkoreanischen Erwerbstätigen. Laut dem nationalen koreanischen Statistikamt gingen 2005 mindestens 56 Prozent aller Erwerbstätigen einer prekären Erwerbstätigkeit nach. 70 Prozent der weiblichen Arbeitnehmer stehen in einem prekären Arbeitsverhältnis und werden oft schlechter bezahlt, arbeiten länger und erhalten keine oder nur geringe Sozialleistungen.

Die Federation of Korean Trade Unions (FKTU) und die Korea Employers Federation (KEF) versuchen, die aktuelle Wirtschaftskrise durch einen gesellschaftlichen Dialog zu überwinden, durch den Notmaßnahmen eingeleitet und Arbeitsplätze gesichert werden sollen. In ähnlicher Weise wurde schon im Februar 1998, unmittelbar nach der asiatischen Finanzkrise, in Dreiparteiengesprächen eine Sozialvereinbarung zur Überwindung der damaligen Wirtschaftskrise geschlossen. Diese Vereinbarung erwies sich als hervorragender Motor der wirtschaftlichen Neubelebung, weshalb sich auch an den neuen nationalen Sozialdialog große Erwartungen knüpfen.

Die Japanese Trade Union Confederation (JTUC-RENGO) reagierte sehr schnell auf die Krise und beschäftigte sich den ganzen Monat Dezember 2008 mit der sich verschlechternden Beschäftigungssituation in Japan. Die RENGO verlangte in Gesprächen mit dem Premierminister, mehreren Ministern und Regierungsvertretern sofortige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Verbesserung der Situation gefährdeter ArbeitnehmerInnen und zur Stärkung der sozialen Netze. Die RENGO hat einen telefonischen Beratungsdienst eingerichtet, um Gewerkschaftsmitgliedern und Hochschulabgängern bei Verlust des Arbeitsplatzes, Lohnsenkungen und hinsichtlich des stark verringerten Arbeitsplatzangebots Hilfestellung zu geben.

Maßnahmen gegen die Tragödie der Langzeit-Jugendarbeitslosigkeit in Australien

Es müssen dringend Maßnahmen ergriffen werden, um zu verhindern, dass eine ganze Generation junger Australier infolge der globalen Finanzkrise in die Langzeitarbeitslosigkeit gerät. Wenn es um Stellenabbau und Möglichkeiten einer Gesundschumpfung geht, dürfen Arbeitgeber nicht schon beim ersten Anzeichen schwieriger Zeiten Auszubildende und Praktikanten entlassen, so dass diese keinen Abschluss machen und keinen sicheren und menschenwürdigen Arbeitsplatz mehr finden können. Laut den aktuellen Daten haben 2008 91.000 vollzeitbeschäftigte junge Australier ihren Arbeitsplatz verloren, aber durch Lehrgänge, Weiterbildung und Industriepraktika kann jungen ArbeitnehmerInnen wieder eine Perspektive geboten werden. „Wir müssen sicherstellen, dass junge Menschen, die am Beginn ihres Erwerbslebens stehen, nicht wegen der globalen Finanzkrise zurückbleiben“, so ACTU-Präsidentin Sharan Burrow. „Es wäre eine Tragödie, wenn eine ganze Generation junger Australier wegen dieses Abschwungs in Langzeitarbeitslosigkeit und Armut geriete“.

Afrika von der globalen Rezession nicht verschont

Die weltweite Wirtschaftskrise hat auch vom afrikanischen Kontinent ihren Tribut gefordert. Reiche und arme Länder spüren gleichermaßen die Folgen strengerer Kreditbedingungen, sinkender Arbeitserträge, schrumpfender Exportmärkte und hoher Inflationsraten in allen Sektoren und Regionen. Die Fortschritte im Kampf gegen die Armut in Afrika sind jetzt durch die Konjunkturschwäche bedroht. Laut dem IWF wird das Wachstum im Afrika südlich der Sahara voraussichtlich von knapp 5 ½ Prozent im Jahre 2008 auf 1 ½ Prozent im Jahre 2009 sinken, bevor es 2010 wieder auf 3 ¾ Prozent zunehmen und damit den Stand vor der Krise noch nicht wieder erreichen wird³⁰. Die hohen Lebensmittel- und Kraftstoffpreise hatten bereits im vergangenen Jahr Folgen für die Finanzen und Haushaltsbudgets von Millionen von afrikanischen erwerbstätigen Familien. Diese müssen jetzt einen zweiten Schlag durch die Krise gewärtigen, die sie nicht mitverursacht haben.

ITUC-Africa nimmt an, dass die Krise eine Reihe von Wirtschaftssektoren getroffen hat, darunter Bergbau, Landwirtschaft, Tourismus, Textilien und Fertigung. Werksschließungen, Zurückstellung oder Streichung von Projekten sind in

Neue Zielsetzungen für verantwortungsbewusste Regierungsführung und gesellschaftliche Gerechtigkeit in Togo

In Togo werden neue Zielsetzungen für die Gewerkschaftsbewegung zur Wiederherstellung einer verantwortungsbewussten Regierungsführung und sozialer Gerechtigkeit für alle formuliert. Die CSTT (Confédération Syndicale des Travailleurs du Togo) ist - wie die KollegInnen in Burkina Faso - Teil der Koalition gegen hohe Lebenshaltungskosten. Die Gewerkschaften versuchen dabei, den gesellschaftlichen Dialog wieder in Gang zu bringen, um das Gesundheitswesen, sichere Arbeitsbedingungen und -entgelte und die Renten für informelle und formelle ArbeitnehmerInnen zu sichern.

vielen afrikanischen Ländern an der Tagesordnung. Seit Anfang 2009 sind in verschiedenen afrikanischen Ländern im Landwirtschaftssektor Tausende von Arbeitsplätzen verloren gegangen, Tausende in der Tourismusbranche in Kenia, Tansania und Mosambik, 36.500 in der Automobilindustrie in Südafrika, 5.000 in der Diamantenindustrie in Botswana, über 3.000 in der Kupferindustrie in Sambia. Über 11.000 Arbeitsplätze gingen in 22 afrikanischen Ländern wegen der Kündigung von über 100.000 Fernsehabonnements verloren.

Burkina Faso: Nationale Koalition gegen hohe Lebenshaltungskosten

Im März 2008 haben die Gewerkschaftsbewegung und die Zivilgesellschaft in Burkina Faso eine Nationale Koalition gegen hohe Lebenshaltungskosten gebildet. Exorbitant hohe Preise bei den Hauptnahrungsmitteln und Kraftstoffen führten zur Bildung dieser Koalition, zu deren wichtigsten Zielen auch die Bekämpfung von Korruption und Betrug und der Protest gegen anhaltende Behinderungen von Streiks und Demonstrationen in Burkina Faso zählen. Die Koalition nennt vor allem zwei Bereiche, in denen ArbeitnehmerInnen und das Volk unter den sich verschlechternden Bedingungen zu leiden haben:

1. Trotz guter Ernten und gesunkener Welthandelspreise für landwirtschaftliche Produkte gab es keine Preisanpassungen bei Getreideprodukten und anderen Hauptnahrungsmitteln. Im Gegenteil - die Preise bei bestimmten Produkten wie z. B. Hirse, einer der wichtigsten Getreidefruchtarten in Afrika, steigen weiterhin.
2. Die Schnelligkeit des wirtschaftlichen Abschwungs wirkt sich auf die Lebensbedingungen gerade des gefährdetsten Teils der Bevölkerung aus. Für die Regierung und die Sozialpartner geht es darum, die Wiederbelebung der lokalen Produktion zu stützen, mehr Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen und weiterhin alles für die Schaffung guter Sozialschutzprogramme zu tun.



Foto von einer Demonstration in Ouagadougou (Foto: Confédération Nationale des Travailleurs du Burkina).

Das Centre for Trade Union and Workers Services (CTUWS) in Ägypten weist in einem Bericht vom Mai 2009 nachdrücklich darauf hin, dass im vierten Monat nacheinander Tausende von ArbeitnehmerInnen in der Tourismus-, Spinnerei-, Bekleidungs- und Lederbranche entlassen wurden³¹. Das CTUWS ist insbesondere darüber besorgt, dass Arbeitgeber ArbeitnehmerInnen ausbeuten und ihnen unter dem Vorwand der weltweiten Wirtschaftskrise ihre Rechte verweigern. Es wird von zahlreichen Fällen berichtet, in denen von ArbeitnehmerInnen verlangt wird, unbezahlte Überstunden zu leisten; unbefristete Verträge werden in befristete umgewandelt, Produktionsanreize werden gestrichen, und Lohnzahlungen werden auf unbestimmte Zeit hinausgezögert. Das CTUWS sieht daher eine wachsende und dringende Notwendigkeit, den im Arbeits- und Sozialversicherungsgesetz vorgesehenen Not- und Arbeitslosigkeitsfonds zu aktivieren. Wenn die ägyptische Regierung nicht bald etwas gegen das fehlende gesellschaftliche Verantwortungsbewusstsein der Unternehmer und die fehlende menschenwürdige Arbeit unternimmt, können weitere Spannungen an den Arbeitsplätzen und schwerere Reaktionen unter der Arbeitnehmerschaft

Der Congress of South African Trade Unions (COSATU) nahm beim G20-Gipfel in London an hochrangigen Gesprächen teil und kam mit Präsident Kgalema Motlanthe zusammen, um unter anderem über die Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise für die südafrikanischen ArbeitnehmerInnen zu sprechen: Löhne werden gesenkt, die Exporte und die Warenpreise sinken, und die Fertigungs- und Bergbaubranche befinden sich im Niedergang. Der COSATU ist der Meinung, dass der G20-Gipfel bei den Themen Realwirtschaft, soziale Probleme, menschenwürdige Arbeit und Armutsbekämpfung zu wenig getan hat, und er wird in den kommenden Monaten bei den G20-Regierungen die Einhaltung der gemachten Zusagen einfordern.

Die Federation of Unions of South Africa (FEDUSA) berichtet, dass insbesondere die Bergbaubranche schrumpft, was unausweichlich schwere soziale Folgen haben wird. Die FEDUSA ist zutiefst besorgt über weitere mögliche Arbeitsplatzverluste und wirtschaftliche Not aufgrund der weltweiten Wirtschaftskrise und die

UN-Konferenz für eine globale, koordinierte Reaktion auf die Krise

Eine Gewerkschaftsdelegation hat im Juni 2009 in New York an einer dreitägigen UN-Konferenz über die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise und ihre Folgen für die Entwicklung teilgenommen. Die Gewerkschaftsvertreter betonten die Notwendigkeit, den Empfehlungen des Globalen Beschäftigungspakts zu folgen, sich auf Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, spezielle Beschäftigungsprogramme und den Sozialschutz zu konzentrieren und eine Wende hin zu einem Wachstumspfad zu vollziehen, durch die grüne und menschenwürdige Arbeitsplätze entstehen können. Die Delegation drängte auf eine Unterstützung der Empfehlungen des Berichts der Stiglitz-Kommission, um sicherzustellen, dass Entwicklungsländer den politischen Handlungsspielraum haben, den sie brauchen, um die im Bericht empfohlenen antizyklischen Maßnahmen ohne die schädlichen Handlungsvorgaben der internationalen Finanzinstitutionen umsetzen zu können.



Foto von einer vom EGB und vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) organisierten Demonstration in Berlin, 16. Mai 2009

Rumänien: Massenentlassungen

In Rumänien haben 300 Unternehmen die Entlassung von 34.000 Beschäftigten angekündigt. Über 300 hauptsächlich private Unternehmen haben angekündigt, dass sie im Februar, März, April und Mai 33.837 Stellen streichen werden. Dies geht aus Daten der nationalen Arbeitsagentur (ANOFM) hervor. Die am stärksten betroffenen Branchen sind Erdöl- und Erdgasgewinnung, wo 3.746 Stellen verloren gehen, Straßenfahrzeugbau (3.405 Stellen), Herstellung von Substanzen und Chemikalien (3.335 Stellen), Tiefbau (2.848 Stellen) und Bauwirtschaft, wo 2.667 Menschen entlassen werden sollen.

Gefährdung des Wachstumskurses in Südafrika. Als Reaktion hierauf hat die FEDUSA einen Vorschlag unter dem Titel „Weathering the Storm“ („Dem Sturm trotzen“) erstellt, mit dem ArbeitnehmerInnen vor den negativen Effekten der Krise der Realwirtschaft geschützt werden sollen und dafür gesorgt werden soll, dass alle erdenklichen Schritte unternommen werden, um die Südafrikaner zu schützen, die produktiven Unternehmen zu unterstützen und Arbeitsplätze zu erhalten. Die zu verfolgenden Strategien beinhalten unter anderem Vergabe nachhaltiger Kredite zur Stützung der Wirtschaft, Sicherstellung, dass der soziale Fortschritt nicht durch die aktuelle Wirtschaftskrise unterminiert wird, Schaffung einer stabilen makroökonomischen Umgebung, die primär einem realen Wachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen dient, sowie Ausbau der Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor, insbesondere im Bereich der Infrastruktur wie z. B. Schulen, Kliniken, sauberes Wasser und Hygiene, öffentlicher Verkehr und Energie.

Kündigungen, Entlassungen und eine schwache soziale Agenda treffen alle Menschen in Europa

350.000 Menschen gingen in Berlin, Brüssel, Madrid und Prag vom 14. bis 16. Mai unter dem Motto „Put People First“ („Menschen zuerst“) für einen neuen Gesellschaftsvertrag auf die Straße. Diese Mobilisierung wurde vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) zusammen mit den belgischen, deutschen, spanischen und tschechischen Gewerkschaften organisiert. Dabei wurde dem Europäischen Rat und der Kommission ein ehrgeiziger Plan vorgelegt, in dem diese aufgefordert wurden, in mehr und bessere Arbeitsplätze zu investieren, um die konjunkturelle Erholung zu beschleunigen. Mit einem Aufwand von jährlich 1 Prozent des europäischen BIP könnten Investitionen in neue grüne und nachhaltige Technologien gesichert, lebenslanges Lernen und hochwertige Bildungsmaßnahmen für ArbeitnehmerInnen zur Bewältigung der wachsenden Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt ermöglicht und ein neuer Gesellschaftsvertrag realisiert werden, um die Wohlfahrtssysteme zu stärken und gesellschaftliche Ausgrenzung zu verhindern.



Foto von einer vom EGB und von den spanischen Gewerkschaften CC.OO, UGT und USO organisierten Demonstration in Madrid, 14. Mai 2009

Bulgarien: Menschen zuerst!

Die Demonstration „Menschen zuerst!“ wurde von der Confederation of Independent Trade Unions in Bulgaria (CITUB) am 16. Juni 2009 organisiert, wobei sich Tausende auf dem Mazedonien-Platz versammelten und die Regierung aufforderten, die im Haushalt vorgesehenen Aufwendungen für eine normale Funktion des Renten-, Gesundheits- und Bildungssystems und den Schutz der Arbeitnehmerinnen durch eine Erhöhung des Arbeitslosengelds sowie die Unterstützung von Familien zu garantieren, die die Hypotheken für ihr Heim nicht mehr bezahlen können.

Albanien: Gewerkschaften fordern Maßnahmen gegen die Krise

3000 Menschen versammelten sich am 1. Mai 2009 auf dem Hauptplatz von Tirana, als Vertreter der Konföderation der albanischen Gewerkschaften (KSSH) und von Jugend- und Frauenorganisationen die umgehende Intervention der Regierung zur Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften bei der Erarbeitung eines Maßnahmenpakets gegen die Krise verlangten, um die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise in der albanischen Wirtschaft zu begrenzen:

Die osteuropäischen Länder, darunter einige der jüngsten Mitglieder der Europäischen Union, wurden vom weltweiten Konjunkturabschwung besonders hart getroffen; Währungen befinden sich im freien Fall, die Kredite versiegen, und der IWF hat an verschiedene Länder in dieser Region umfangreiche Notkredite vergeben. Einer der ungarischen Verbände, MSZOSZ, hat im April 2009 Tausende von ArbeitnehmerInnen auf die Straßen von Budapest gebracht. Die Gewerkschaften sind der Meinung, dass zur Bewältigung der Krise neue Konjunkturmaßnahmen ergriffen werden müssen, um die sozialen Folgen für ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen zu bekämpfen. Dem Parlament wurde deutlich gemacht, dass ein sinnvoller Dialog in Gang gesetzt werden muss, um sicherzustellen, dass die ArbeitnehmerInnen gefragt werden, wenn Entscheidungen getroffen werden, die sich auf alle Aspekte ihres Lebens auswirken.

Workshop des Frauenkomitees des PERC über die Krise

Das Frauenkomitee des PERC (Pan-EuropEAN Regional Council) hat im Mai 2009 in bulgarischen Sofia einen Workshop zur Erkundung der Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf Frauen und der Informalisierung der Wirtschaft abgehalten. Sechzig TeilnehmerInnen und SpezialistInnen von IAO, IGB, EGB und Nichtregierungsorganisationen präsentierten die Ergebnisse ihrer Forschungen über Frauen und die Wirtschaftskrise, geschlechterspezifische Benachteiligung in Krisenzeiten, Frauen und die informelle Wirtschaft und die Folgen der Krise auf Hausarbeit. Dieser Workshop lieferte einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung gewerkschaftlicher Strategien für die geschlechtsspezifische Dimension der Krise.

Laut der NSZZ „Solidarność“ verstößt die polnische Regierung schwerwiegend gegen ihre Verantwortlichkeiten und ihre verfassungsmäßigen Verpflichtungen gegenüber ihren Bürgern, indem sie keine angemessene Reaktion auf die Krise zeigt. Die Regierung muss sich um den Schutz von Arbeitsplätzen, um die Ärmsten und Gefährdeten in der Gesellschaft, um die Erhaltung der Kaufkraft der Menschen und um die Erneuerung des gesellschaftlichen Dialogs zwischen den Partnern kümmern. Um die ArbeitnehmerInnen vor den Auswirkungen der Rezession zu schützen, hatte die National Commission of NSZZ „Solidarność“ eine Kampagne unter dem Titel „Solidarität gegen die Krise“ gestartet, deren Ziel es war, das Risiko von Arbeitslosigkeit und Einkommensverlust zu verringern und darüber hinaus die ArbeitnehmerInnen zu ermuntern, sich einer Gewerkschaft anzuschließen, um so mehr Sicherheit und eine Möglichkeit zu haben, Einfluss auf die Situation am Arbeitsplatz zu nehmen.

In der Ukraine hat die Föderation der Gewerkschaften der Ukraine (FPU) ihrer tiefen Besorgnis über die finanziellen Nothilfemaßnahmen und die Kreditbedingungen des IWF Ausdruck verliehen. Das stark verschuldete Land hatte keine andere Wahl, als drastische Maßnahmen zur Vermeidung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs zu ergreifen, aber um welchen Preis? Ein im November 2008 gewährter Kredit im Umfang von 16,4 Milliarden US-Dollar soll die finanzielle und makroökonomische Stabilität wiederherstellen und sollte auch für notwendige zusätzliche Sozialausgaben verwendet werden,

Kroatien: Verteidigung der Rechte der Ruheständler

Am 7. Mai 2009 hat die kroatische Gewerkschaft der Ruheständler (SUH) im Dachverband der Union of Autonomous Trade Unions of Croatia (UATUC) in allen Bezirken Kroatiens eine Kampagne für die Verteidigung der Rechte der Ruheständler gestartet. Die Gewerkschaften stehen auf dem Standpunkt, dass eine Rente ein menschenwürdiges Dasein erlauben muss, was bedeutet, dass die Durchschnittsrente mindestens 60 % des Durchschnittslohns betragen muss. Unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise muss ein spezielles Schutzprogramm für Ruheständler erarbeitet werden, um die Würde dieses Teils der Bevölkerung zu wahren, von denen sich viele in der Armutszone befinden.

Für Lettland: Gegen Ungerechtigkeit

In Juni 2009 nahmen rund 7000 Menschen in Riga und 7600 Menschen in anderen lettischen Städten an der Kundgebung „Für Lettland. Gegen Ungerechtigkeit“ teil, die die Freie Gewerkschaftskonföderation Lettlands (LBAS) organisiert hatte, um ihrer Besorgnis über die sich verschlechternde wirtschaftliche Situation des Landes Ausdruck zu verleihen.

um die Folgen der Rezession für die Bevölkerung zu mildern. Eigentlich sollen 0,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für den Schutz gefährdeter Gruppen aufgewandt werden. Die FPU berichtet demgegenüber, dass die Regierung wesentliche Sozialleistungen für bedürftige Familien für die Bezahlung von Energiekosten gestrichen hat und das derzeitige Rentenalter von 60 Jahren für Männer und 55 Jahren für Frauen um fünf Jahre heraufsetzen möchte. Derzeit beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung gerade einmal 68 Jahre (62 Jahre bei den Männern), was bedeutet, dass 40 Prozent der Männer und jede neunte Frau das Rentenalter nie erreichen werden. Mit anderen Worten, die ukrainische Regierung hat die Last der Krise und wirtschaftlicher Not gerade den Ärmsten aufgebürdet.

Der Boom Irlands, des einstigen „keltischen Tigers“, schwächt sich ab; die Wachstumsprognosen für das Bruttoinlandsprodukt sind niedriger, als sie viele Jahre waren, und die Arbeitslosigkeit hat im April 2009 ein Dreijahreshoch von 11 Prozent erreicht. Der Wegfall eines großen Teils der Arbeitsplätze wird laut dem Irish Congress of Trade Unions (ICTU) und dem Economic and Social Research Institute 2010 wahrscheinlich zu einer Arbeitslosenquote von fast 17 Prozent führen. Der Generalsekretär des ICTU, David Begg, hat aufgezeigt, dass sich Irland wahrscheinlich erst wieder erholen wird, wenn sich die Weltwirtschaft erholt hat, und dass hierzu neben einem neugestalteten und sorgfältig regulierten globalen Finanzsystem auch ein neues Handelsgleichgewicht, eine Entschuldung des privaten Sektors und eine Auflösung der Sparschwemme in Asien erforderlich sind. Irland muss, in den Worten von Begg, „die Ressourcen nutzen, die wir haben, um sicherzustellen, dass die Bürde der wirtschaftlichen Anpassungen im größtmöglichen Umfang gemildert wird und von denjenigen mit den breitesten Schultern getragen wird.“ Begg fügt hinzu, dass die irischen ArbeitnehmerInnen „mit vollem Recht erwarten können, dass sie der Staat in Krisenzeiten schützt“.



150.000 Menschen waren im Februar 2009 bei der größten öffentlichen Protestkundgebung und Demonstration in der Hauptstadt seit 30 Jahren auf den Straßen von Dublin. Die Proteste richteten sich gegen die Versuche der Regierung, die Schuld und die Last der gegenwärtigen Wirtschaftskrise den unteren und mittleren Einkommensbeziehern aufzubürden, und gegen das Versagen der Regierung bei einer wirkungsvollen Bekämpfung der sich verschärfenden Beschäftigungskrise (© Irish Congress of Trade Unions).

Finnland: Ruf nach gemeinsamen europäischen Maßnahmen gegen die Krise

Die AKAVA, der Zentralverband akademischer Gewerkschaften in Finnland, erwartet von der EU mehr gemeinsame Regelungen, mit denen europäische Mindeststandards im Arbeitsrecht, bei Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit und bei der Gleichbehandlung im Arbeitsleben geschaffen werden. Die AKAVA schlägt vor, dass die EU Maßnahmen in vier Bereichen ergreift: Sie sollte die Qualität des Arbeitslebens verbessern, die europäischen Kompetenzniveaus anheben, neue „grüne“ Stellen fördern und die Wirtschaft auf den Pfad eines nachhaltigen Wachstums bringen – alles Dinge, die nötig sind, um die Rezession bekämpfen und gegenüber den Herausforderungen der Globalisierung bestehen zu können.

Der Aufstieg und Fall des isländischen Banksystems und der Wirtschaft des Landes ist nicht einfach eine Folge des Zusammenbruchs der amerikanischen Finanzinstitute. Die wahren Gründe für die Krise in Island liegen in vielen Jahren schlechter Wirtschaftspolitik seitens des Staates und der kommunalen Verwaltungen und der Isländischen Zentralbank: Dies ist die Meinung der Confederation of Labour (ASI), die die Regierung wiederholt gewarnt hatte, dass die Frage nur sei, wann, nicht ob die Währung zusammenbrechen würde, mit schweren Folgen für Inflation und Arbeitsplätze. So brachen im September/Oktober 2008 innerhalb kürzester Zeit drei Banken zusammen, fiel der Wert der isländischen Krone um über 70 Prozent und büßte die Börse über 80 Prozent ihres Werts ein. Für eine kleine Volkswirtschaft wie Island, die vollkommen von Importen abhängig ist, ist dies eine Krise gewaltigen Ausmaßes. Seit dem Beginn der Krise haben die Gewerkschaften im öffentlichen wie im privaten Sektor ihre Bereitschaft bekundet, mit den Arbeitgebern bei der Erzielung eines Konsenses, wie man den Arbeitsmarkt am besten stützen könne, zusammenzuarbeiten. Es wurden radikale Arbeitsmarktmaßnahmen ergriffen – wie z. B. die Senkung der Arbeitszeit aller ArbeitnehmerInnen auf 75 - 80 Prozent der Zeit vor der Krise – um denjenigen Firmen entgegenzukommen, die andernfalls 20 - 25 Prozent ihrer Mitarbeiter hätten entlassen müssen. Trotzdem stieg die Arbeitslosenquote innerhalb weniger Monate von 0,8 Prozent auf 8,5 Prozent. Eine weitere unmittelbare Folge der Krise für die Menschen war der Verlust der Sparguthaben und ein dramatischer Anstieg der privaten Schulden aufgrund der Indexbindung der Baudarlehen an die Inflation, des Absturzes der Währung und der hohen Inflation.

Reaktionen auf die Krise in Schweden und Dänemark:

Die Metall- und Industrie-ArbeitnehmerInnen in Schweden haben mit ihren Arbeitgebern eine Rahmenvereinbarung über befristete Entlassungen und Weiterbildungsmaßnahmen mit dem klaren Ziel der Vermeidung eines weiteren Stellenabbaus geschlossen. Die Vereinbarung ermöglicht lokale Verträge über reduzierte Arbeitszeiten mit anschließender Lohnkürzung bis zu einer maximalen Kürzung von 20 Prozent bei Lohn und Arbeitsstunden. Da die Regierung keine aktive Arbeitsmarktpolitik betreibt und wegen der Einschnitte in die Sozialleistungen, die Menschen schwer trafen, die ihren Arbeitsplatz verloren hatten, sah sich IF Metall zu diesen drastischen Maßnahmen gezwungen.

Die dänische Gewerkschaftskonföderation (LO) schlägt vor, dass ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit eingeräumt werden sollte, sich während dieser Zeit des wirtschaftlichen Abschwungs und der Gesundschumpfungen bei den Unternehmen um Kurse im Rahmen des lebenslangen Lernens oder Weiterbildungsmaßnahmen zu bewerben. Das wachsende Heer der Arbeitslosen braucht mehr Schulungen, Qualifikationen und Kompetenzen, um sicherzustellen, dass sie bessere Chancen haben, wenn sie wieder auf den Arbeitsmarkt zurückkehren.

Der Trades Unions Congress (TUC) in Großbritannien hat vor den überproportionalen Folgen des wirtschaftlichen Abschwungs auf junge Menschen gewarnt, die eine der am schlimmsten betroffenen Gruppen darstellen. Wegen der Krise konkurrieren Tausende von Studienabgängern um nichtakademische

Österreich: Gewerkschaften schlagen ein umfassendes Beschäftigungspaket vor

In Österreich hat der ÖGB (Österreichischer Gewerkschaftsbund) der Regierung ein umfassendes Beschäftigungspaket vorgeschlagen, durch das mehr langfristige Investitionen in die qualifizierte Weiterbildung junger und alter ArbeitnehmerInnen vorgenommen werden sollen.

Stellen – was zu erhöhter Arbeitslosigkeit bei Nichtakademikern führt – und verstärken dadurch den Druck auf die Löhne weiter. Der TUC schlägt vor, dass der Mindestlohn für Erwachsene, der bisher ab 22 Jahren gewährt wird, ab 18 Jahren gewährt werden soll. Diese Maßnahme würde die wirtschaftliche Erholung beschleunigen, weil die Erhöhung des verfügbaren Einkommens Schlechtbezahlter eine der besten Möglichkeiten sei, die Nachfrage in der Volkswirtschaft zu steigern und langfristig für deutlich mehr Stabilität zu sorgen. Da 18-Jährige wählen, heiraten und zum Militär gehen dürfen, gebe es keinen Grund, warum junge ArbeitnehmerInnen nicht den gleichen üblichen Tarif für eine Stelle erhalten sollten.

Jugendarbeitslosigkeit in Großbritannien: Eine Narbe im Leben junger Menschen

Gemäß der neuesten Arbeitsmarktstatistik des britischen Landesstatistikamts (ONS) betrug die Arbeitslosenquote bei den 18- bis 24-Jährigen im Februar/April 2009 16,6 Prozent. Damit befindet sich die Arbeitslosenquote bei jungen Menschen auf dem höchsten Stand seit 15 Jahren. Diese Situation wird sich weiter verschärfen, wenn in den kommenden Monaten Millionen von Schul- und Studienabgängern auf Arbeitsplatzsuche gehen werden. TUC-Generalsekretär Brendan Barber weist auf den Ernst der Situation hin: „Arbeitslosigkeit hinterlässt eine bleibende Narbe im Leben junger Menschen, und die Regierung muss alles in ihrer Macht Stehende tun, um zu verhindern, dass Arbeitslosigkeit das Leben einer weiteren Generation ruiniert“.

Eine Koalition französischer Gewerkschaften (CFDT, CFTC, CGT, CGT-FO und UIR-CFDT) hat eine Wiederherstellung sozialer Maßnahmen als Kernelement der Wirtschaftspolitik der Regierung verlangt. Allzu lange hatten der öffentliche Sektor und der französische Wohlfahrtsstaat keine Priorität mehr, und die Gewerkschaftsbewegung verlangt dringende Maßnahmen zur Bekämpfung des massiven Stellenabbaus und zur Erhöhung der Regierungsausgaben für soziale Probleme. Um die französische Volkswirtschaft wieder auf Kurs zu bringen, schlagen die Gewerkschaften vor, die Kaufkraft von ArbeitnehmerInnen zu stärken, um die Nachfrage zu beleben, und dass Konjunkturmaßnahmen zur Bekämpfung der Krise eine nachhaltige Entwicklung begünstigen müssen. Ohne ernsthafte Anstrengungen zur Erhöhung des Mindestlohns, umfassendere und flexiblere soziale Sicherheitsnetze und einen ehrgeizigen Plan zum Umgang mit dem Problem eines geteilten Arbeitsmarkts, auf dem es menschenwürdige feste Arbeitsplätze auf der einen Seite und ungeschützte, kurzfristige Beschäftigung auf der anderen gibt, können nach Meinung der Gewerkschaften sofortige und strukturelle Antworten zur Überwindung der Krise keine befriedigende Wirkung entfalten.

Junge ArbeitnehmerInnen sind besonders gefährdet. Die Arbeitslosenquote bei jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren liegt in Frankreich bei 21 Prozent, und wenn nicht eine aktive Einbindung in den Arbeitsmarkt angestrebt wird wie z. B. durch eine große Zahl von Lehrstellen und Weiterbildung junger Menschen, wird ein großer Teil der nächsten Generation in eine prekäre Beschäftigungssituation geraten. Weiterhin nimmt die „Teilzeit“-Arbeitslosigkeit zu. Französische Arbeitgeber dürfen die Arbeitszeit der Mitarbeiter unter

FNV Jong: Kampf gegen den Verlust einer Generation

Die Jugendorganisation der niederländischen Federatie Nederlandse Vakbeweging (FNV) drängt die Regierung und die Sozialpartner, der Beschäftigung junger Menschen Vorrang zu geben, um das Risiko einer „verlorenen Generation“ zu vermeiden, da die Arbeitslosigkeit rapide zunimmt. FNV Jong schlägt eine Arbeitsplatz- oder Ausbildungsgarantie innerhalb von sechs Monaten für arbeitslose junge Menschen vor und hat ihren Plan dem Ministerium für Jugend und Familien vorgelegt.

35 Stunden pro Woche absenken, wenn die wirtschaftliche Lage eines Unternehmens sehr schwierig ist oder eine Umstrukturierung vorgenommen werden soll. In Zeiten wie diesen haben die Gewerkschaften die Sorge, dass diese vorläufige Vereinbarung von Arbeitgebern dazu benutzt werden könnte, feste Mitarbeiter in die Arbeitslosigkeit zu schicken, ohne gegen irgendwelche Verträge zu verstoßen.

Zwei große spanische Gewerkschaftsverbände, Confederación Sindical de Comisiones Obreras (CC.OO) und Unión General de Trabajadores (UGT) haben zusammen mit ihren portugiesischen Kollegen von der União Geral de Trabalhadores (UGT-P) und Confederação Nacional dos Trabalhadores

Gewerkschaften drängen auf Konzentration auf Arbeitsplätze bei den G8

Vertreter des IGB und John Evans, Generalsekretär des Beratenden Gewerkschaftsausschusses (TUAC) bei der OECD, nahmen im Juli 2009 am G8-Gipfel in Italien teil und kamen mit Ministern des Gastgeberlandes Italien einschließlich Premierminister Silvio Berlusconi und dem brasilianischen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva zusammen, um über die Schaffung von Arbeitsplätzen und die wirtschaftliche Erholung zu diskutieren.

TUAC, der IGB und die Partner von den internationalen Gewerkschaften befürchten, dass sich die Krise weiter verschärft, da die Arbeitslosigkeit weltweit stetig zunimmt und das Risiko besteht, dass die Lohndeflation die Nachfrage in der Weltwirtschaft weiter sinken lässt. „Sofern und solange nicht menschenwürdige Arbeit zu einer zentralen Zielsetzung wirtschaftlicher Entscheidungen wird, bleiben die Verwerfungslinien bestehen, die diese Krise ausgelöst haben, und jede mögliche Erholung will ständig gefährdet bleiben,“ so Evans. Leider versäumte es der Gipfel, konkrete Vorschläge vorzulegen, wie die notwendigen Ressourcen zur Verwirklichung der Ziele hinsichtlich Beschäftigung und Sozialschutz verfügbar gemacht werden können.

Portugueses (CGTP) im Juni 2009 eine Demonstration an der spanisch-portugiesischen Grenze organisiert. Die Gewerkschaften bildeten eine gemeinsame Front, um darauf hinzuweisen, dass sich in beiden Ländern wegen der Krise die Arbeitsbedingungen verschlechtern und zahlreiche Entlassungen stattfinden. Die Protestkundgebung „für menschenwürdige Arbeit und gegen Arbeitslosigkeit“ ist ein Aufruf an beide Regierungen und die europäischen Institutionen, dringend Restrukturierungsmaßnahmen zur Bekämpfung von sozialem Ausschluss und der wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten für die Millionen von beschäftigungslosen ArbeitnehmerInnen zu ergreifen.

IV. Der Weg zur Erholung: Eine gewerkschaftliche Strategie zur Bekämpfung der Krise

Erste Reaktion des IGB: Gewerkschaften beim G20-Treffen in Washington, November 2008

Die Regierungen der führenden Wirtschaftsmächte der Welt haben zwar lange gebraucht, um in abgestimmter Weise zu reagieren, aber letztendlich haben sich die Staats- und Regierungschefs der G20-Länder am 15. November 2008 zu einem „Krisengipfel“ in Washington, D.C., versammelt. Der IGB hat gemeinsam mit dem TUAC parallel dazu von der AFL-CIO ausgerichtete Gewerkschaftssitzungen und Treffen mit Spitzenvertretern der G20, des IWF und der Weltbank organisiert, um Druck auszuüben und Unterstützung für die Gewerkschaftsvorschläge zur Bewältigung der Krise zu mobilisieren.

Gewerkschaftsführer aus den G20-Ländern sind vor dem Finanzkrisengipfel der G20 in Washington mit den Chefs von IWF, Weltbank und verschiedenen Regierungschefs und sonstigen Regierungsmitgliedern zusammengetroffen, darunter dem brasilianischen Präsidenten Lula da Silva, dem japanischen Premierminister Taro Aso und dem australischen Premierminister Kevin Rudd. Davor fanden bereits Treffen mit Gewerkschaften über den Krisengipfel der G20 in den Heimatländern von Staats- und Regierungschefs mit den Premierministern von Großbritannien, Spanien und dem französischen Staatspräsidenten statt.

Gespräche zwischen Gewerkschaftsführern und Regierungschefs wurden über die Frage geführt, wie ein Sanierungsplan für die Realwirtschaft koordiniert, die internationalen Finanzmärkte re-reguliert, ein neuer internationaler wirtschaftlicher Ordnungsrahmen geschaffen und eine Strategie zur Bekämpfung der wachsenden Ungleichheit in der Welt gefunden werden könne. Die Staats- und Regierungschefs brachten ihre Zustimmung zu bzw. ihr Interesse an vielen der Vorschläge der Gewerkschaften und ihre weitgehende Unterstützung der Forderung der Gewerkschaften zum Ausdruck, dass die Arbeiterschaft an Gesprächen über den Entwurf für eine neue internationale Finanzarchitektur beteiligt werden müsse.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung ruft daher die Staats- und Regierungschefs der Welt und die internationalen Institutionen auf, eine Strategie zu entwickeln, die die Maßnahmen darlegt, die erforderlich sind, um die Krise in den Griff zu bekommen und für die Zukunft eine gerechtere und nachhaltigere Weltwirtschaft aufzubauen. Die Strategie, die in diesem Kapitel skizziert werden soll, muss:

- einen abgestimmten, internationalen Sanierungsplan für ein nachhaltiges

Angesichts des Gespenstes einer anhaltenden Beschäftigungskrise besteht die dringende Notwendigkeit einer weitaus schlüssigeren und international weit besser koordinierten beschäftigungsorientierten Erholungsstrategie.

Wachstum mit dem vordringlichen Ziel der Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere durch öffentliche Investitionen und eine aktive Arbeitsmarktpolitik, Schutz der am wenigsten Abgesicherten dieser Welt durch mehr soziale Sicherheit und die Tägung von Investitionen in die „grüne Wirtschaft“ - die so genannte Green Economy - umsetzen, damit die Weltwirtschaft auf klimaschonende Weise Wachstum erzielen kann. Den Entwicklungs- und Schwellenländern sind die Mittel und der politische Rahmen bereitzustellen, um eine antizyklische Politik zu betreiben;

- das Vertrauen und die Kreditfähigkeit des Finanzsystems zurückgewinnen und darüber hinaus einen neuen Ordnungsrahmen für die Regulierung des globalen Finanzsystems schaffen, der die volle Unterstützung aller Interessengruppen findet.
- Maßnahmen zur Bekämpfung der Gefahr einer Lohndeflation und zur Umkehrung der zunehmenden Einkommensungleichheit durch eine umfassendere Abdeckung mit Tarifverhandlungen durchführen sowie die Institutionen stärken, die die Löhne festlegen, um eine solide Grundlage auf den Arbeitsmärkten zu schaffen
- die Voraussetzungen für eine weitreichende und ehrgeizige internationale Klimaschutzvereinbarung auf der UN-Klimakonferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen schaffen;
- neue rechtliche Rahmenbedingungen zur Regulierung der internationalen Wirtschafts- und Sozialinstitutionen (IAO, IWF, Weltbank WTO und OECD) schaffen, diese Institutionen reformieren und eine wirksame und rechenschaftspflichtige Weltwirtschaftsordnung aufbauen.

Punkt 1: Koordinierte Erholung und nachhaltiges Wachstum bei Beschäftigung und Einkommen

Der Koordinierungsbedarf

Für die Staats- und Regierungschefs der Welt sollte es höchste Priorität haben, Vertrauen zu schaffen, indem sie den freien Fall des Wirtschaftswachstums weltweit aufhalten und den Beschäftigungsrückgang umkehren. Die Regierungen haben alle zu diesem Zweck erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Sie müssen die Hebelwirkung, die sie bei Banken haben, nutzen, um die Kreditvergabe wieder in Gang zu bringen und zusätzliche Liquidität bereitstellen. Seit November 2008 haben die meisten G7-Länder, weitere in den G20 vertretene Länder und andere Staaten finanzpolitische Maßnahmen für mehr Wachstum angekündigt oder eingeführt. Diese Maßnahmen hätten eine doppelt so starke Wirkung auf Beschäftigung und Wachstum, wenn sie koordiniert und international ergänzt würden³². Bisher fehlt eine derartige Koordinierung: Der von den USA ausgehende Impuls beläuft sich auf mindestens 2 Prozent des jährlichen BIP, während die Anfang Februar 2009 über die EU-Länder veröffentlichten Daten sich auf weniger als 1 Prozent des BIP der EU belaufen. Es wird Zeit, dass die momentanen „Trittbrettfahrer“ handeln und koordinierte Maßnahmen ergreifen, um die Weltwirtschaft anzukurbeln. Die Länder mit

Ausgaben für das soziale Sicherungsnetz und Investitionen in lokale öffentliche Dienstleistungen, einschließlich Bildung und Gesundheit, sind während einer Rezession fast doppelt so wirkungsvoll wie Steuersenkungen.

Außenhandelsüberschuss sollten dabei die Führungsrolle übernehmen. Wir wiederholen unseren Ruf nach einem internationalen Sanierungsplan, der sich auf mindestens 2 Prozent der Weltproduktion beläuft. Die zentralen Notenbanken sollten die Leitzinsen weiter senken und quantitative Lockerung als geldpolitische Methode einsetzen, um staatliche Investitionen bei geringen Zinskosten zu finanzieren.

Angesichts des Gespenstes einer anhaltenden Beschäftigungskrise besteht die dringende Notwendigkeit einer weitaus schlüssigeren und international weit besser koordinierten beschäftigungsorientierten Erholungsstrategie, als sie bisher auf dem Tisch war. Die internationale Gewerkschaftsbewegung ist zutiefst darüber besorgt, dass die fiskalischen Anreizpakete bis heute in ihrem Umfang unzureichend, geographisch unausgewogen und zu wenig an den Problemen der Arbeiterschaft orientiert sind und zu langsam umgesetzt werden³³. Wie in Kapitel I gezeigt wurde, konzentrieren sich laut einer IAO-Studie über die Reaktionen auf die Krise in über 40 Ländern die fiskalischen Stimulationsmaßnahmen nicht ausreichend auf Beschäftigung und Sozialschutz, und nur die Hälfte der untersuchten Länder haben aktive Arbeitsmarktinitiativen angekündigt. Darüber hinaus haben sie nichts gegen den fehlenden Sozialschutz und den dramatischen Vermögensschwund in der privaten Rentenvorsorge unternommen. Die direkten Folgen der Krise bekommen vor allem diejenigen zu spüren, deren Renten unter die ungeschützten „beitragsorientierten“ Modelle fallen, die im Rentenalter keine Sicherheit bieten³⁴.

Öffentliche Ausgaben für mehr Arbeitsplätze

Die Sanierungspakete und -maßnahmen in den einzelnen Ländern müssen auch darauf abzielen, eine möglichst große Wirkung auf Wachstum und Beschäftigung zu erreichen. Eine neue wirtschaftliche Landkarte ist erforderlich, auf der die Sektoren mit den größten Wachstumschancen der Zukunft zu erkennen sind. Die Regierungen sollten Programme zur Investition in die Infrastruktur auf den Weg bringen, die kurzfristig zu einem Anstieg der Nachfrage und mittelfristig zu mehr Produktivitätswachstum in der Realwirtschaft führen. Die Kaufkraft von Geringverdienern, einschließlich der hauptsächlich von Frauen geführten Haushalte mit nur einem Einkommen, sollte durch entsprechende Maßnahmen gestärkt werden. Mehr Geld in den Taschen der Geringverdiener stärkt die Wirtschaft, denn am ehesten sind sie es, die zusätzliches Geld sofort wieder ausgeben und dadurch helfen, die Rezession zu überwinden. Dies kann durch höhere Unterstützungsleistungen, direkte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Steueränderungen erfolgen. Die vorhandenen Mittel sollten nicht für wirkungslose allgemeine Steuersenkungen verwendet werden: Ausgaben für das soziale Sicherungsnetz und Investitionen in lokale öffentliche Dienstleistungen, einschließlich Bildung und Gesundheit, sind während einer Rezession fast doppelt so wirkungsvoll wie Steuersenkungen.

Die Arbeitsmärkte sind in den Strudel der Krise geraten, und die Arbeitslosigkeit wird in den kommenden Monaten von 2009 weiter steigen und 2010 und 2011 auf diesem Stand verharren. Insbesondere junge Menschen sind in vielen G8-Ländern und anderen Teilen der Welt von einer Arbeitslosenquote

von über 20 Prozent betroffen, und es ist wahrscheinlich, dass ein ganzer Jahrgang junger Menschen, die in diesem Sommer die Schulen verlassen, zu wirtschaftlicher Untätigkeit verdammt ist. Unternehmen bauen 2009 immer mehr Stellen ab, was auf ein getrübttes Geschäftsklima hindeutet und erwarten lässt, dass die Langzeitarbeitslosigkeit in allen demographischen Gruppen zunehmen wird. Frühere Finanzkrisen haben gelehrt, dass der Arbeitsmarkt der wirtschaftlichen Erholung hinterherhinkt und dass ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit, insbesondere von Langzeitarbeitslosigkeit, nur sehr schwierig wieder rückgängig zu machen ist. Dies macht die Gefahr einer längerfristigen Arbeitsmarktrezession deutlich.

Ökologische Investitionen und Arbeitsplätze

Der Zeitpunkt für eine Umsetzung des vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) geforderten „Green New Deal“ war noch nie so günstig. Die Agenda für ökologische Arbeitsplätze („Green Jobs“) erfordert einerseits umfangreiche staatliche Investitionen in eine von mehr Energieeffizienz und erneuerbaren Energien geprägte ökologische Infrastruktur - wodurch die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze in verschiedenen Branchen gefördert wird - sowie andererseits die Aufstockung finanzieller Mittel für Forschung und Entwicklung, die Verbreitung und Einführung neuer Technologien und die Aktualisierung der Modelle zur Kompetenzentwicklung (Skills-Development-Schemes). Die Umsetzung der Agenda für ökologische Arbeitsplätze könnte weltweit Millionen neuer umweltfreundlicher Arbeitsplätze entstehen lassen. Gleichzeitig würde damit die Notwendigkeit eines gerechten und fairen Übergangs für ArbeitnehmerInnen und ihre Familien unterstrichen, die vom Klimawandel und Regierungsentscheidungen zur Senkung des CO₂-Ausstoßes betroffen sind.

Hochwertige öffentliche Dienstleistungen

Die Entwicklung eines neuen Modells für wirtschaftliche Entwicklung erfordert Investitionen in hochwertige öffentliche Dienstleistungen wie z. B. Bildung, Gesundheit, Hygiene und Wasser, Recht und Sicherheit, sowie Sozialschutz für alle. Investitionen im öffentlichen Sektor und hochwertige öffentliche Dienstleistungen können einen essenziellen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt und für mehr Gerechtigkeit leisten. Sie bilden neben einer wirksamen und ethisch orientierten Verwaltung der Gesetzgebung und der Anwendung regulatorischer Rahmenbedingungen die Eckpfeiler gesunder demokratischer Gesellschaften.

Jetzt ist auch die Zeit reif, um in Menschen - in ihre Bildung und Gesundheit - zu investieren und sich um die Jüngsten und die Alten zu kümmern. Angesichts des beschleunigten Arbeitsplatzabbaus in den von der Krise betroffenen Branchen gibt es eine eindeutige Begründung, in Bildung und Ausbildung zu investieren: die Förderung des Transfers von Arbeitskräften in Sektoren, in denen Fachkräfte benötigt werden. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) schätzt, dass es im Gesundheits-/Pflegebereich unter anderem aufgrund der Alterung der Bevölkerung einen Bedarf an weltweit 4,2 Millionen zusätzlichen Beschäftigten gibt. Im Bildungssektor müssen schätzungsweise 8 Millionen

neue Lehrer ausgebildet werden, um das Ziel einer hochwertigen Bildung für alle Kinder im Grundschulalter bis 2015 zu erreichen. Millionen weiterer Lehrer und Ausbilder werden für die Berufsausbildung und Schulung von Fähigkeiten zur Stützung der Realwirtschaft und für die Bindung von Beschäftigten angesichts sich umstrukturierender Ökonomien benötigt. Darüber hinaus müssen die Regierungen ihre Bemühungen zur Verringerung der Armut von Frauen verstärken, die gegenwärtig die Mehrheit der Armen dieser Welt ausmachen.

Aktive Arbeitsmarktpolitik

Menschen in Arbeit zu halten, Belegschaften zusammenzuhalten und Arbeitsplätze zu sichern, muss Priorität haben. Bei der Eindämmung der weltweit wachsenden Arbeitslosigkeit spielt eine aktive Arbeitsmarktpolitik (ALMPs, Active Labour Market Policies) eine wichtige Rolle, aber dennoch machen die Ausgaben dafür nur einen geringen Anteil an den Konjunkturpaketen der meisten Länder aus (wie in Kapitel I dokumentiert). Durch entsprechende Programme muss die Gefahr von Arbeitslosigkeit und Einkommensverlusten vermindert und eine Einkommenssicherung bereitgestellt werden. In schwierigen Zeiten wie diesen müssen Unternehmen ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden und ihre Beschäftigten so lange wie möglich behalten. In der IAO waren sich Beschäftigte, Regierungen und Arbeitgeber einig, dass die „Restrukturierung auf Gesprächen zwischen Management, Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretern beruhen sollte“³⁵. Unternehmen, die öffentliche Hilfen erhalten, müssen die Vereinbarungen zwischen Regierungen und Gewerkschaften respektieren, um vereinbarte Restrukturierungsprogramme durchführen zu können, die die Elemente Beschäftigung und Schulung berücksichtigen.

Die Regierungen sollten eine Arbeitsmarktpolitik verfolgen, die

- Unternehmen davon abhält, beim ersten Anzeichen von Problemen Beschäftigte zu entlassen, und die Unternehmen unterstützt, die vorübergehend in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind;
- sich auf die am stärksten von der Krise Betroffenen konzentriert wie junge, ältere und ungelernte Arbeitskräfte, Zeitarbeits- und Teilzeitkräfte, Frauen und Migranten;
- sich verstärkt darum bemüht, die Lohndifferenz zwischen den Geschlechtern zu beseitigen, die schätzungsweise mehr als 22 Prozent beträgt³⁶;
- eine Einkommenssicherung bietet, insbesondere durch eine ausgeweitete Arbeitslosenunterstützung;
- die volle Einhaltung nationaler und internationaler Arbeitsrechtsstandards zum Kündigungsschutz sicherstellt;
- Investitionen in Menschen fördert und verbesserte Schulungsmöglichkeiten anbietet, um Beschäftigten aller Altersgruppen den Erwerb neuer Kompetenzen zu erleichtern;

- ausländischen Arbeitnehmern dieselben Rechte zusichert wie anderen Bürgern, denn deren Stigmatisierung führt nicht nur zu Fremdenfeindlichkeit, sondern verschärft letztlich auch die Armut.

Hilfe für Schwellen- und Entwicklungsländer

Während die Arbeitslosigkeit weltweit ansteigt, können die meisten Beschäftigten dieser Welt nicht auf Arbeitslosengeld zurückgreifen, wenn sie ihre Arbeit verlieren. Sie können sich nur auf ihre eigenen Ersparnisse oder auf die Unterstützung durch die eigene Familie im Alter verlassen. Aus der Krise erwächst sowohl die Verpflichtung wie die Chance, menschenwürdige soziale Sicherungsnetze zu schaffen, die in Ländern, die gegenwärtig nicht darüber verfügen, unabhängig von ihrem Entwicklungsstand als automatische Stabilisatoren fungieren können.

Aus der Krise erwächst sowohl die Verpflichtung wie die Chance, menschenwürdige soziale Sicherungsnetze zu schaffen.

Steigende Arbeitseinkommen und eine ausgeweitete soziale Sicherung sind vor allem für den Aufschwung in den Schwellenländern von Bedeutung, die in der Vergangenheit hohe Wachstumsraten durch eine exportorientierte Entwicklung zu verzeichnen hatten, gegenwärtig aber einen Zusammenbruch ihrer wichtigsten Exportmärkte erfahren. Der Aufschwung in diesen Ländern und das Erreichen eines langfristigen nachhaltigen Wachstums hängen davon ab, ob es diesen Ländern gelingt, eine stärkere einheimische Nachfrage aufzubauen. Dies macht eine bessere Einhaltung der Arbeitnehmerrechte erforderlich, damit Gewerkschaften bei steigender Produktivität angemessene Lohnerhöhungen und eine umfangreichere soziale Sicherung, bspw. durch Renten- und Krankenversicherungsprogramme, aushandeln können. Derartige Strategien tragen zur Korrektur des „globalen Ungleichgewichts“ in den Handels- und Finanzströmen und zur Umkehrung der zunehmenden Einkommensungleichheit bei, die es in vielen dieser Länder gibt.

Es besteht die Gefahr, dass die Industrie- und Schwellenländer bei ihren Bemühungen um den Aufschwung die Niedriglohnländer außer Acht lassen. Die Armen sind noch immer von der Nahrungsmittelkrise erschüttert. Zwar sind die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter angesichts der weltweiten Rezession wieder moderater geworden, doch sind die Wirkungen noch immer spürbar: Neue Daten der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) zeigen, dass die Nahrungsmittelpreise in über 80 Prozent der Entwicklungsländer heute höher sind als vor einem Jahr, auf dem Höhepunkt der internationalen Nahrungsmittelkrise. Durch sinkende Einkommen wird die Wirtschaftskrise die Auswirkungen der Nahrungsmittelkrise weiter verschärfen. Die am meisten davon Betroffenen sind arme Land- und Stadtbewohner, landlose Farmer, von Frauen geführte Haushalte und seit kurzem Arbeitslose, einschließlich ausländischer Arbeitnehmer. Es ist absolut wichtig, das Niveau der im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) erbrachten Leistungen beizubehalten oder zu steigern. Die Budgets für Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere für die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) müssen beibehalten werden, mit der Übernahme verbindlicher Verpflichtungen und der Verabschiedung eines Zeitplans zur Einhaltung des UN-Ziels von 0,7 % des BIP. Die Nahrungsmittelsicherheit darf nicht von der

Sowohl die Bank als auch der IWF müssen aufhören, den Entwicklungs- und Schwellenländern Bedingungen zu stellen, die sie zu einer prozyklischen Politik zwingen. Stattdessen müssen die neuen Vereinbarungen die Errungenschaften menschenwürdiger Arbeit und die Einhaltung der Kernarbeitsnormen untermauern.

Agenda der Regierungen verschwinden. Diese müssen gemeinsam eine langfristige landwirtschaftliche Stabilität aufbauen, um sicherzustellen, dass die Menschen sich Grundnahrungsmittel leisten können und einen sicheren und nachhaltigen Zugang zu Nahrungsmitteln haben.

Die meisten Entwicklungsländer und einige Schwellenländer betreiben nach wie vor eine prozyklische Finanzpolitik, weil sie von den internationalen Finanzinstitutionen (IFI) dazu gedrängt werden, in Zeiten der Krise „fiskalpolitische Disziplin“ zu wahren. Dies trotz der beim G20-Gipfel in London im April gemachten Zusagen, dass die IFI-Finanzierung antizyklisch sein würde. Die internationale Gemeinschaft muss expansive Programme zum Aufschwung in Entwicklungsländern unterstützen. Diese sind erforderlich, um einen weiteren Anstieg der Armut zu verhindern und die weltweite Nachfrage zu erhöhen. Die internationalen und regionalen Entwicklungsbanken sowie andere Agenturen spielen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht sicherzustellen, dass alle Regionen an den Bemühungen um einen Aufschwung teilhaben. Dies erfordert sowohl eine stärkere finanzielle Unterstützung durch die IFI und Geberländer als auch ein Ende der schädlichen Wirtschaftspolitik, die gelegentlich mit einer Unterstützung durch die IFI einhergeht. Die IFI sollten ihre Entschuldungsinitiativen ausweiten und den Ordnungsrahmen reformieren, damit die am stärksten von deren Maßnahmen betroffenen Länder ihre eigene Politik stärker selbst beeinflussen können.

Es ist nötig, die Vertretung und Stellung ärmerer Länder in den internationalen Institutionen und Prozessen zu erhöhen. Die Regierungen der Schwellen- und Entwicklungsländer müssen in den Institutionen der neuen Weltwirtschaftsordnung gleichberechtigt vertreten sein. Vor allem die Weltbank, deren Fokus die Entwicklungsländer sind, muss ihnen - anhand wirtschaftlicher, aber auch sozialer Kriterien - Stimmrechte verleihen, die mindestens denen der Industrieländer entsprechen. Auch der IWF benötigt dringend eine Reform. Seine Ordnungsstruktur sollte so verändert werden, dass die „Kunden“- Niedriglohnländer sowie die Schwellenländer, deren Bedeutung in der Weltwirtschaft in den vergangenen Jahren zugenommen hat - stärker vertreten sind. Die Staats- und Regierungschefs der G20 haben sich schon bereit erklärt, den IFI größere Mittel bereitzustellen³⁷, aber im Gegenzug müssen sowohl die Bank also auch der IWF damit aufhören, den Entwicklungs- und Schwellenländern Bedingungen zu stellen, die sie zu einer prozyklischen Politik zwingen. Zum Beispiel sehen die mit verschiedenen Regierungen seit Oktober 2008 ausgehandelten IWF-Notkredit-Vereinbarungen Zinssatzerhöhungen, die Reduzierung von Löhnen und Pensionen, höhere Gebühren für öffentliche Dienstleistungen und die Privatisierung staatseigener Organe vor. Mehrere Vereinbarungen enthalten die Verpflichtung, den sozialen Schutz so zu reformieren, dass diejenigen, die nicht zu den Schwächsten gehören, möglicherweise keinen Zugriff mehr darauf haben. Stattdessen müssen die neuen Vereinbarungen die Errungenschaften menschenwürdiger Arbeit und die Einhaltung der Kernarbeitsnormen untermauern. Regionale Körperschaften wie die Afrikanische Union (AU), der Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) und die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) sollten wie die Europäische Kommission einen festen Platz in den G20 haben.

Die Welt muss die Re-Regulierung der Finanzmärkte vorantreiben, damit diese wieder ihre legitime Rolle der Bereitstellung von Krediten für die Realwirtschaft wahrnehmen, statt die Welt in ein Finanzkasino zu verwandeln.

Öffentliche Unterstützung für das Welthandelssystem wieder aufnehmen

Der Zusammenbruch des Welthandels ist die Triebfeder der weltweiten Rezession, und in den exportabhängigen Ländern ist der Rückgang des BIP am stärksten. Dies ist hauptsächlich durch den Rückgang der weltweiten Nachfrage und nicht durch die Einführung von Handelsbeschränkungen bedingt. Jeder Versuch, die Löhne zu senken, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, bringt die Gefahr einer weiteren Schwächung der weltweiten Nachfrage und einer Verschärfung der allgemeinen Deflation mit sich und muss zurückgewiesen werden. Die richtige Reaktion sind effektive, koordinierte internationale Maßnahmen zur Anregung der Nachfrage – nicht die ‚Beggar-thy-Neighbour‘-Politik.

Der Außenhandel kann zu mehr Wirtschaftswachstum, Aufschwung und Entwicklung führen, allerdings nur unter den richtigen Bedingungen. Voraussetzung für die erneute Legitimierung und öffentliche Unterstützung des Welthandelssystems und folglich der Doha-Entwicklungsagenda ist ein Fortschritt bei der Durchsetzung des Schutzes grundlegender Arbeitnehmerrechte. Außerdem ist dabei sicherzustellen, dass die Entwicklungsländer einen Aufschwung, eine menschenwürdige Beschäftigung und zukünftige industrielle Entwicklung erzielen und, falls nötig, kurzfristige Kapitalflüsse kontrollieren können, um Entwicklungsziele einzuhalten. Außerdem sind weitere Mechanismen wie Vorratslager und kompensatorische Maßnahmen erforderlich, um Niedriglohnländer vor der Volatilität des Rohstoffmarkts zu schützen.

Punkt 2: Neue Regeln für die internationalen Finanzmärkte

Die Deregulierungspolitik, die die Finanzialisierung der Weltwirtschaft nach sich gezogen hat, hat zum Ruin der Realwirtschaft und zur Vernichtung der Arbeitsplätze und der Lebensgrundlage von Millionen von ArbeitnehmerInnen in der ganzen Welt geführt. Die Welt muss die Re-Regulierung der Finanzmärkte vorantreiben, damit diese wieder ihre legitime Rolle der Bereitstellung von Krediten für die Realwirtschaft wahrnehmen, statt die Welt in ein Finanzkasino zu verwandeln. Die beim G20-Gipfel in London gemachten Zusagen stellen einen gewissen Fortschritt dar, aber sie müssen erst noch auf der nationalen Ebene umgesetzt werden. Weiterhin sind in diesen Zusagen wesentliche Bereiche wie Rentenregelungen, der Schutz von Verbraucherhaushalten und soziale Finanzen ausgeklammert. Der Aktionsplan der internationalen Gewerkschaften für eine Finanzreform (der auf den folgenden Seiten ausführlicher vorgestellt wird) muss noch in Angriff genommen werden.

Vertrauen zurückgewinnen, Banken verstaatlichen

Die Rettung der Banken hat den Steuerzahler das Drei- bis Zehnfache der Stimulationspakete gekostet. Und trotzdem sind die Ergebnisse bis heute mager: Die Kreditmärkte funktionieren nach wie vor nicht richtig, und es besteht erhebliche Unsicherheit darüber, welche Risiken der Steuerzahler trägt und ob

er finanziell davon profitiert, wenn der Aufschwung einmal eingesetzt hat. Die Regierungen haben auf das Problem der Bankinsolvenzen weitgehend mit einem Transfer toxischer Papiere auf staatliche Stellen statt mit einer Übernahme von Aktienpaketen reagiert. Damit wird es versäumt, eine vollständige Transparenz und eine Anerkennung der Verluste durch die unterstützten Banken zu erzwingen; stattdessen verlässt man sich darauf, dass die Banken freiwillig ihre Bücher öffnen. Darüber hinaus werden bei dieser Option weder die „schlechten“ Papiere von den „guten“ unterschieden, noch kann damit Vertrauen zurückgewonnen werden; vielmehr verschlimmern sich damit nur die öffentlichen Staatsfinanzen. Ein solcher „Notverkauf“ von Bankaktien würde zu einem Geldtransfer von Arbeitnehmern hin zu den wohlhabendsten Haushalten dieser Welt führen, die überproportional stark unter den Aktionären von Finanzinstituten vertreten sind. . Die Gewerkschaftsbewegung bleibt bei ihrer Forderung nach einer Verstaatlichung, die unter den gegenwärtigen Umständen die einzige Möglichkeit ist, um Vertrauen zurückzugewinnen, eine gerechte Risikoteilung vorzunehmen und sicherzustellen, dass die Steuerzahler von den Gewinnen profitieren, wenn die Solvenz einmal wiederhergestellt ist.

Reform des Finanzsystems

Die Regierungen müssen das Demokratiedefizit ausgleichen, das die bisherigen Bemühungen um eine Neugestaltung der Finanzarchitektur nach der Krise kennzeichnet. Sie sollten die Reform des Finanzsystems nicht den Experten des Rates für Finanzstabilität ³⁸ (Financial Stability Board, FSB, früher bekannt als FSF) überlassen, denselben Experten, die das gegenwärtige System geschaffen haben, das jetzt so desaströs zusammengebrochen ist. Außerdem hat es das FSF in der Vergangenheit versäumt, sich mit den Gewerkschaften, der Zivilgesellschaft oder anderen Interessengruppen, einschließlich UNO und IAO, zu beschäftigen. Es verfügt über keine geeignete Kontrollstruktur, Expertise oder Ressourcen, die dies in Zukunft möglich machen würden.

Die gegenwärtige Krise hat die Grenzen der Methode der „übertragenen Aufsichtspflicht“ offen gelegt. Diese Methode sieht vor, dass nur ein kleiner Teil des Finanzsystems (z. B. die Geschäftsbanken) einer ordnungsgemäßen Überwachung bedarf. Verschiedene, nach September 2008 gegründete Initiativen haben die Notwendigkeit erkannt, die Methode der leichten Regulierung wieder auf das globale Finanzsystem der Vergangenheit zurückzufahren³⁹. Die Zeit ist reif für eine verbindliche Regulierung zur Gewährleistung der öffentlichen Kontrolle und Übersicht über alle Finanzinstitutionen, -produkte und -transaktionen. Wir schlagen den folgenden 8-Punkte-Plan vor:

8-PUNKTE-AKTIONSPLAN DER INTERNATIONALEN GEWERKSCHAFTEN FÜR EINE FINANZREFORM

- 1.** Konsequenz gegen die „Schatten“-Bankenwirtschaft durchgreifen (z. B. Fonds aus Privatkapital und strukturierte Finanzprodukte);
 - 2.** Steueroasen und Offshore-Finanzplätze austrocknen und neue internationale Besteuerungsverfahren einführen;
 - 3.** Entwicklungsländern einen gerechten und nachhaltigen Zugang zu den internationalen Finanzmärkten gewährleisten;
 - 4.** Das Geschäftsmodell von Privatbanken reformieren, um Vermögensblasen vorzubeugen und Verschuldungsrisiken zu verringern;
 - 5.** Die Vergütung von Managern, Aktionären und anderen Kreditvermittlern kontrollieren;
 - 6.** Familien von Beschäftigten vor aggressiven Kreditverkäufen (Predatory Lending) schützen;
 - 7.** Die öffentliche Rechenschaftspflicht, das Mandat und die Mittel von Aufsichtsbehörden konsolidieren und erhöhen;
 - 8.** Den Banksektor neu strukturieren und diversifizieren.
- Q**uelle: Global Unions London Declaration - Statement to the London G20 Summit http://www.tuac.org/en/public/e-docs/00/00/04/58/document_doc.phtml

i) Konsequenz gegen die „Schatten“-Bankenwirtschaft durchgreifen.

Die Regierungen haben sicherzustellen, dass alle Institutionen, Produkte und Transaktionen lückenlos reguliert werden. Vor allem Fonds aus Privatkapital (Hedgefonds und Unternehmensbeteiligungen) dürfen nicht von der Regulierung ausgeschlossen sein, die für andere Formen der Vermögensverwaltung gilt. Dies schafft eine Rechenschaftspflicht für Investoren, Transparenz und bei Bedarf auch Arbeitgeberverantwortlichkeiten. Alle Formen kreditbezogener bilanzneutraler Transaktionen sind zu verbieten. Finanzprodukte, die Kreditrisiken übertragen (wie Credit Default Swaps und Obligationen) sowie andere „strukturierte Finanzprodukte“, die auf den Märkten verbriefte sind, müssen behördlicher Aufsicht unterstellt werden. Generell sollte das Trading an wirtschaftliches Eigentum gebunden sein. Kreditratingagenturen sind ordnungsgemäß zu regulieren, um Interessenkonflikte bei der Bewertung von Produkten und Institutionen zu vermeiden.

ii) Steueroasen und Offshore-Finanzplätze austrocknen und neue internationale Besteuerungsverfahren einführen.

Das internationale Steuersystem muss die finanzielle Stabilität und Rechenschaftspflicht stärken, statt sie zu schwächen. Die Entscheidung der G20, die Steuerhinterziehung und -umgehung durch verstärkte internationale Zusammenarbeit hinsichtlich Steueroasen zu bekämpfen, ist ein Schritt nach vorne. Aber man muss noch einen Schritt weiter gehen. Die Haltung der OECD bezüglich des Informationsaustausches geht nicht weit genug, da man sich auf Informationsersuchen statt auf einen automatischen Austausch verlässt. Die Finanzkrise hat weiterhin das Ausmaß der Steuerarbitrage deutlich gemacht, die das Wachstum im „Schatten“-Finanzsystem begünstigt hat: unregulierte strukturierte Finanzprodukte, Hedgefonds, Schuldenverbriefung und außerbilanzmäßige Transaktionen. Besteuerungsverzerrungen, die

Verschuldung begünstigen, haben zusammen mit behördlicher Arbitrage zu einer künstlichen Senkung von Finanzierungskosten für Investitionen geführt, wie z. B. Private Equity, die andernfalls einfach nicht möglich gewesen wären.

iii) Entwicklungsländern einen gerechten und nachhaltigen Zugang zu den internationalen Finanzmärkten gewährleisten. Für die Entwicklungsländer sollte es Kreditbedingungen geben, die ihren Anforderungen und Kapazitäten entsprechen. Geeignete Maßnahmen zur Förderung von Entwicklungszielen wären das IWF-Sonderziehungsrecht (SZR, Special Drawing Rights), das zu einer schnelleren Kooperation regionaler Währungen führt, sowie die Umlenkung des Kapitalflusses, einschließlich der Staatsfonds, von Ländern, die gegenwärtig Überschüsse erzielen.

iv) Das Geschäftsmodell von Privatbanken reformieren, um Vermögensblasen vorzubeugen und Verschuldungsrisiken zu verringern. Die Gesetze über eine angemessene Kapitalausstattung - das Kapital, das Banken benötigen, um ihr Kreditgeschäft abzusichern - sind stärker an das Wachstum ihrer Vermögenswerte und den Risikograd dieser Vermögenswerte anzupassen. Auf diese Weise wären Banken nicht mehr dazu geneigt, sich selbst übermäßigen Vermögensrisiken auszusetzen. Die Folge wäre eine stärkere Kapitalverteilung auf sozial wünschenswerte Ziele und eine einfachere Kontrolle der Asset-Price-Inflation durch die Zentralbanken.

v) Die Vergütung von Managern, Aktionären und anderen Kreditvermittlern kontrollieren. Vergütungssysteme sind gesetzlich so zu regulieren, dass die Vergütung langfristige wirtschaftliche, soziale und ökologische Leistungen reflektiert und fördert. Unternehmen sollten Gewinne in Unternehmensreserven stecken können, um diese später wieder in Produktivvermögen zu investieren. Die Vergütung von Managern und Tradern sollte entsprechend der Gehälter und Pensionen der Beschäftigten begrenzt werden. Bei Finanzdienstleistungen ist die Vergütung an verantwortungsvolle Verkaufs- und Kreditpraktiken zu koppeln. Die Einlösung von Boni und anderen leistungsabhängigen Vergütungen sollte für fünf Jahre verboten werden. Die Aktionäre müssen daran gehindert werden, das Vermögen von Unternehmen in Wachstumszeiten durch Dividenden und Aktienrückkäufe zu plündern, wodurch die Bilanzen von Unternehmen in Zeiten der Konjunkturschwäche nicht ausreichend kapitalisiert sind. Unternehmensbeteiligungen gefährden vor allem aufgrund des nicht nachhaltigen Modells der fremdfinanzierten Übernahme mehrere Millionen Arbeitsplätze.

vi) Familien von Beschäftigten vor aggressiven Kreditverkäufen (Predatory Lending) schützen. Die Regierungen sollten Schritte zu mehr Kreditsicherheit für Familien von Beschäftigten einleiten, indem sie für die Transparenz von Finanzkontrakten (Immobilien, Kreditkarten, Versicherungen), die Möglichkeit zu wirkungsvollen Regressen, die Nähe von Serviceleistungen und für die Bezahlbarkeit der Kredite (Höchstbeträge für Zinsen und Gebühren) sorgen. Die Vergütungs- und Anreizsysteme von Banken, ihren Beschäftigten und anderen Kreditanbietern sollten so gestaltet sein, dass sie verantwortliche Vertriebs- und Kreditpraktiken im Interesse der Kunden gewährleisten.

vii) Die öffentliche Rechenschaftspflicht, das Mandat und die Mittel von Aufsichtsbehörden konsolidieren und erhöhen. Die Regierungen müssen handeln, um die nach Geschäftsaktivitäten und jeweiligem nationalen Rechtsbereich fragmentierte Regulierung von Finanzen zu beenden. Eine supranationale Konsolidierung kann erforderlich werden, das gilt insbesondere für Europa. Die Aufsichtsbehörden benötigen entsprechend ihrer Aufgaben ausreichende Befugnisse und Mittel zur Vollstreckung. Ihr Mandat sollte insbesondere auf die Überwachung der Asset-Price Inflation ausgeweitet werden. Die Sprache der Gewerkschaften muss aus ihren Kontrollstrukturen herauszuhören sein. Der Aufsichtsrahmen, einschließlich Aufsichtsgremien (Colleges of Supervisors) sollte für eine Zusammenarbeit der Finanzbehörden mit den Gewerkschaften und anderen Arbeitnehmervertreterorganisationen im Finanzsektor sorgen: z. B. durch Betriebsräte und internationale Rahmenvereinbarungen, die zwischen globalen Gewerkschaftsföderationen und multinationalen Unternehmen ausgearbeitet werden.

vii) Den Banksektor neu strukturieren und diversifizieren. Unterschiedliche Geschäftsmodelle und Rechtsformen werden benötigt, um ausgeglichene und stabile inländische Finanzdienstleistungen aufzubauen, die der Realwirtschaft nützen und den Bedürfnissen der Familien von Beschäftigten gerecht werden. Die Regierungen sollten alternative Modelle zu gewinnorientierten Bank- und Versicherungsdienstleistungen fördern, wie beispielsweise Kreditgenossenschaften, Genossenschaftsbanken, Versicherungen auf Gegenseitigkeit und andere kommunale und öffentliche Finanzdienstleistungen. Sie sollten außerdem sicherstellen, dass es in Zukunft keine großen Konglomerate mehr gibt, die entweder „zu groß sind, um in Konkurs zu gehen“, oder die verschiedene Geschäftsarten wie Bankgeschäfte, Versicherungen, Investment-Banking etc. kombinieren: Restrukturierungsmaßnahmen müssen den sozialen Dialog auf höchstem Niveau zugrunde legen, Auswirkungen auf die Beschäftigung sind abzumildern.

Die Renten von Beschäftigten schützen

Die Krise hat deutlich gemacht, wie gefährlich eine unbegrenzte Investition zur Altersvorsorge in den „Schatten“-Bankensektor ist, und es ist daher notwendig, Maßnahmen zum Schutz von ArbeitnehmerInnen mit einer vorfinanzierten Altersvorsorge ergreifen. Nach Angaben der OECD ist der Wert von Pensionsfonds im Jahr 2008 um mehr als 3,3 Billionen USD zurückgegangen, das sind real 20 Prozent. Zurückzuführen ist dies auf den Wertverlust von Eigenkapitalwerten, festverzinslichen Anlagen, Hedgefonds und strukturierten Finanzprodukten. Die direkten Folgen der Krise bekommen diejenigen zu spüren, die kurz vor der Pensionierung stehen, deren Renten unter die ungeschützten „beitragsorientierten“ Modelle fallen, bei denen die letztliche Höhe der Rente von der Leistungsfähigkeit des Pensionsfonds abhängt. Die Regierungen sollten geeignete Schritte unternehmen, um eine angemessene Rente für Beschäftigte zu sichern, die mit vorfinanzierten Modellen für das Alter vorsorgen. Unter anderem ist zu gewährleisten, dass Arbeitgeber ihren Anteil am Risiko und der Finanzierung der Rente tragen. Auf diese Weise werden die bestehenden staatlichen Garantiemodelle und die Regulierung der Investitionen in Rentenfonds insgesamt gestärkt.

Punkt 3: Lohndeflation stoppen und die Krise der Verteilungsgerechtigkeit beenden

Aufgrund der „Flexibilisierung“ der Arbeitsmärkte ist die Gefahr einer Lohndeflation in den meisten Ökonomien in den vergangenen 25 Jahren gestiegen. Durch geringere Kaufkraft und gestiegene Unsicherheit trägt sie zu der Krise bei. Die Regierungen sollten nicht denselben Fehler begehen wie in den 1930er-Jahren, als Löhne verstärkt gekürzt wurden. Anstatt eine Politik zu verfolgen, die den Arbeitnehmerschutz schwächt und die Prekarität ihrer Arbeit erhöht, müssen die Regierungen den Arbeitsmarkt auf eine solide Grundlage stellen, um die Abwärtsspirale von Lohndeflation und Preisen zu vermeiden. Es gilt, die grundlegenden Arbeitnehmerrechte zu schützen, Tarifverhandlungen auszuweiten und den Wiederaufbau der Institutionen zu fördern, die eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Wohlstand ermöglichen. Die Mindestlöhne müssen hoch genug sein, damit Beschäftigte und ihre Familien unter menschenwürdigen Verhältnissen leben können und ein weiterer Anstieg der arbeitenden Armen verhindert wird. Die Mehrzahl der Menschen mit unsicheren Arbeitsbedingungen sind Frauen. Die Gleichbehandlung der Geschlechter und die Abschaffung der Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz sollten ganz oben auf der Agenda nationaler und internationaler Politik stehen.

Aufgrund der „Flexibilisierung“ der Arbeitsmärkte ist die Gefahr einer Lohndeflation in den meisten Ökonomien in den vergangenen 25 Jahren gestiegen. Durch geringere Kaufkraft und gestiegene Unsicherheit trägt sie zu der Krise bei.

Vor Beginn der Krise gab es sowohl in als auch zwischen den Staaten eine steigende Einkommensungleichheit. In zwei Dritteln der wohlhabendsten OECD-Länder sind die Lohnsteigerungen hinter dem Produktivitätswachstum zurückgeblieben⁴⁰. Der Anteil der Löhne am Volkseinkommen ist in allen Ländern, für die Daten existieren, zurückgegangen. Zur Bekämpfung dieser Ungleichbehandlungen brauchen wir ein neues, ökologisch nachhaltiges Wirtschaftsentwicklungsmodell, das ein ausgeglichenes Reallohnwachstum gewährleistet und mit der Produktivität steigt. Außerdem brauchen wir ein gerechteres Steuersystem, das die Ungleichheit durch Verlagerung der Besteuerung von der Arbeit auf das Kapital beseitigt.

In den meisten Entwicklungsländern sind die Arbeitsmarktinstitutionen noch schwächer als in den Industrieländern. Ein großer Teil der Erwerbstätigen arbeitet im „informellen Sektor“, in dem keinerlei Beschäftigungsschutz besteht. Eine grundlegende Arbeitsmarktregulierung - etwa durch Mindestlöhne, Höchstarbeitszeiten, Abfindungen bei Arbeitsplatzverlust und Begrenzung von kurzfristigen Arbeitsverträgen - ist für den Schutz der Beschäftigten vor Missbrauch unerlässlich. Das gilt auch für die volle Einhaltung der Kernarbeitsnormen, damit die Beschäftigten sich organisieren und gemeinsam höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen aushandeln können. Die internationalen Finanzinstitutionen (IFI) sollten eine weitere Deregulierung des Arbeitsmarktes in Entwicklungsländern während der Krise nicht unterstützen. Denn dadurch verschlimmert sich die Lage der Beschäftigten nur noch mehr, insbesondere, weil die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten in den Entwicklungsländern auf keine Form der Einkommenssicherung zurückgreifen kann. Die IFI sollten gemeinsam mit der IAO die Schaffung sicherer Arbeitsplätze

Eine grundlegende Arbeitsmarktregulierung - etwa durch Mindestlöhne, Höchstarbeitszeiten, Abfindungen bei Arbeitsplatzverlust und Begrenzung von kurzfristigen Arbeitsverträgen - ist für den Schutz der Beschäftigten vor Missbrauch unerlässlich.

mit angemessenen Löhnen, sozialer Absicherung und Arbeitnehmerrechten fördern.

Langfristig ist die dreigeteilte Struktur wirtschaftlicher und sozialer Beratung und Politikplanung, die 30 Jahre lang Sprungbrett für das hohe Wirtschaftswachstum und die höheren Lebensstandards in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gewesen ist, zu überarbeiten. Die Einbeziehung von Arbeitnehmervertretern in die Entscheidungen zu Beschäftigung und Wirtschaftswachstum entspricht nicht nur den demokratischen Prinzipien, sie ist auch wirtschaftlich sinnvoll. Das alternative neoliberale Modell verurteilt uns dazu, die Fehler der 1920er- und 1990er-Jahre zu wiederholen und die zunehmende Ungleichheit beizubehalten, die zu finanzieller Unsicherheit und letztlich zu dem Börsensturz führte.

Punkt 4: Grundlagen schaffen für eine internationale Vereinbarung von Maßnahmen gegen den Klimawandel

Die Staats- und Regierungschefs der Welt müssen sicherstellen, dass die dringend notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels nicht verzögert oder durch diese Krise vereitelt werden. Vielmehr sollten die Regierungen, wie in diesem Bericht gefordert, global abgestimmte fiskalpolitische Antworten auf die Wirtschaftskrise geben, um die Agenda für eine „grüne Wirtschaft“ voranzubringen und damit den Weg für ein ehrgeiziges Klimaschutzabkommen in diesem Jahr in Kopenhagen zu ebnen.

Es ist heute allgemein anerkannt, dass die Gesamtkosten des Klimawandels in einem „Weiter wie bisher“-Szenario einen Verlust von mindestens 5 Prozent der Weltwirtschaftsleistung bedeuten würden, und das für alle Zeit. In einer umfassenderen Betrachtung der Risiken und Auswirkungen könnten die Netto-Schäden mehr als 20 Prozent betragen. Dagegen könnte eine Senkung der Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) zur Verhinderung der schlimmsten Folgen, d. h. um 85 Prozent bis zum Jahr 2050 gegenüber dem Stand von 1990 und um 25 - 40 Prozent bis 2020 in den Ländern von Anhang I die Kosten auf 1 Prozent der jährlichen Weltwirtschaftsleistung reduzieren. Während also Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels das Wirtschafts- und Arbeitsleben verändern würden, hätte Untätigkeit katastrophale Folgen für nachhaltige Arbeitsplätze, die Gesellschaft und die Weltwirtschaft. Die Regierungen müssen bindende Verpflichtungen zur Senkung der Emissionen auf der Grundlage des Prinzips gemeinsamer, aber differenzierter Verantwortlichkeiten und nach Maßgabe des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsstandes eines jeden Landes eingehen, damit diese Ziele erreicht werden können.

Wir müssen eine eindeutige Botschaft über die Notwendigkeit aussenden, in Kopenhagen ein Abkommen zu erzielen. Ein solches Abkommen muss ehrgeizige Ziele für die Reduzierung von Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) in den Industrieländern enthalten sowie eine wirksame Maßnahme zur Reduzierung oder dem kontrollierten Anstieg von THG-Emissionen in den Entwicklungsländern, um dort eine CO₂-arme Entwicklung in Gang zu bringen.

Ein neues Klimaschutzabkommen muss die Regierungen ersuchen, über eine „gerechte Übergangsstrategie“ zu verhandeln, diese zu planen und umzusetzen, damit die Schwächsten vor den Risiken des Klimawandels und vor den Folgen der Maßnahmen zur Anpassung an oder Milderung des Klimawandels geschützt werden können.

Die Regierungen müssen erkennen, dass ein Klimaschutzabkommen von einem breiten und nachhaltigen politischen Konsens über Ziele und Mittel, dieses Abkommen zu erreichen, abhängig ist. Dieses Abkommen muss verdeutlichen, dass die unterzeichnenden Regierungen die sozialen und ökonomischen Folgen seiner Umsetzung anerkennen, indem sie eine klare Strategie liefern, die deutlich macht, wie sie angegangen werden kann, da bisher Fragen der Beschäftigung zusammen mit den möglichen Vorteilen noch nicht behandelt wurden. Ein neues Klimaschutzabkommen muss die Regierungen ersuchen, über eine „gerechte Übergangsstrategie“ zu verhandeln, diese zu planen und umzusetzen, damit die Schwächsten vor den Risiken des Klimawandels und vor den Folgen der Maßnahmen zur Anpassung an oder Milderung des Klimawandels geschützt werden können. Diese „Übergangsstrategien“ müssen unter anderem eine Beratung mit den Gewerkschaften, Unternehmen und der bürgerlichen Gesellschaft einschließen sowie Kompetenzentwicklungsmodelle, Richtlinien für soziale Sicherung und wirtschaftliche Diversifizierung beinhalten.

Die Industrieländer sollten den ärmsten Ländern finanzielle und andere Hilfen bereitstellen, damit diese den Herausforderungen des Klimawandels gewachsen sind, u. a. durch des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC).

Die Welt muss bereit sein, Führungswillen und Ehrgeiz zu zeigen, und:

- umfangreiche und arbeitsintensive Investitionen in eine ökologische Infrastruktur wie z. B. Energieeffizienz, Gebäude, erneuerbare Energien und öffentlichen Verkehr tätigen.
- Schulungs- und Kompetenzentwicklungsprogramme für ArbeitnehmerInnen erarbeiten, damit diese Zugang zu hochwertigen ökologischen Arbeitsplätzen bekommen. Diese müssen vor allem auf schwache Gemeinschaften ausgerichtet sein wie z. B. diejenigen, die von der gegenwärtigen Wirtschaftskrise betroffen sind.
- Verpflichtung auf ehrgeizige kurz- und mittelfristige Zielsetzungen zur Senkung der THG-Emissionen.
- Förderung eines „gerechten Übergangs“ zu einer CO₂-armen und sozial gerechten Wirtschaft auf der internationalen und nationalen Ebene und Unterstützung der Position, die im UNFCCC-Verhandlungstext für COP 15 im Juni 2009 in Kopenhagen vorgestellt wurde.
- Anerkennung der Rolle der Gewerkschaften bei der Herstellung eines Konsenses und der Schaffung geeigneter Bedingungen für die große Wende, die kommen muss.

Punkt 5: Wirksame und rechenschaftspflichtige Weltwirtschaftsordnung

Die Verabschiedung eines Zeichen setzenden Globalen Beschäftigungspakts durch Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgeber bei der jährlichen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation im Juni 2009 bildet eine realistische und praktikable Vorlage für den Aufschwung und die Reform der Wirtschaft.

1944 trafen sich die wichtigsten Länder der Welt in Bretton Woods, um neue Abkommen zu internationalen Fragen der Finanzen zu treffen, die einen Aufschwung mit sich bringen sollten. Heute sind größere Ambitionen vonnöten: Die Veränderungen müssen über die Regulierung des Finanzsystems hinausgehen. Die Krise hat ernsthafte Schwächen im Ordnungsmechanismus der Weltwirtschaft zutage gefördert. Es gibt zwar keinen Entwurf für eine optimale Weltwirtschaftsordnung, doch können die Regierungen damit beginnen, die Anforderungen an eine internationale Zusammenarbeit in Bereichen wie Umwelt, Finanzen, Entwicklungshilfe, Migration, Arbeit, Gesundheit und Energie zu definieren. Es ist offensichtlich, dass eine nationale Ordnung allein dafür nicht ausreicht und in einem „großen Global Deal“ ein neuer weltweiter institutioneller Rahmen gefunden werden muss. Wenn die Agenda für einen gerechten Außenhandel vorankommt, bedarf es einer sehr viel stärkeren sozialen Säule, um den Strukturwandel, der einen intensiveren Wettbewerb auslösen wird, vorwegzunehmen und abzufedern. Der von den G20 eingeleitete Prozess enthält einige notwendige Elemente, ist jedoch viel zu stark auf Finanzprobleme ausgerichtet. Die Realwirtschaft, menschenwürdige Arbeit und Armutsabbau werden in ihren Diskussionen gegenwärtig nur am Rande behandelt. Außerdem sind Länder, die ein Drittel der Weltbevölkerung repräsentieren, nicht am Tisch vertreten und haben keine Möglichkeit, die Arbeit der G20 zu beeinflussen. Die Ergebnisse der „Hochrangigen UN-Konferenz über die finanzielle und wirtschaftliche Krise und die Folgen für die Entwicklung“ müssen eine wichtige Rolle in der neuen Handlungs- und Beratungsstruktur internationaler Organisationen spielen.

Die Verabschiedung eines Zeichen setzenden Globalen Beschäftigungspakts durch Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgeber bei der jährlichen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation im Juni 2009 bildet eine realistische und praktikable Vorlage für den Aufschwung und die Reform der Wirtschaft. Der IAO-Pakt betrachtet Arbeitsplätze und Einkommen als Kernelement der Bemühungen um einen Aufschwung und setzt die Fixpunkte für eine neue Weltwirtschaft. Arbeitsplätze, Arbeitnehmerrechte, Sozialschutz, hochwertige öffentliche Dienstleistungen und Nachhaltigkeit müssen im Mittelpunkt der internationalen Handlungsstrategien stehen. Dies bedeutet einen klaren Bruch mit dem gescheiterten Radikalismus des freien Markts, der die Krise verursacht hat.

Der Pakt liefert Handlungskriterien für Regierungen und Arbeitgeber zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und anerkennt die Bedeutung ökologischer Arbeitsplätze für den Aufschwung und die Bekämpfung des Klimawandels. Es wird die Rolle dreiseitiger Verhandlungen zwischen Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgebern sowie des gesellschaftlichen Dialogs und von Tarifverhandlungen sowie die Notwendigkeit betont, eine deflationäre Lohnspirale und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu vermeiden. Die Bedeutung öffentlicher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wie z.

Die Gewerkschaften sind bereit, sich konstruktiv an diesem Prozess zu beteiligen und ersuchen die Regierungen, den Gewerkschaften einen Platz am Konferenztisch zu überlassen. Die Gewerkschaften sind vollständig an der neuen Wirtschaftsordnung zu beteiligen und in die Beratungsstrukturen der internationalen Organisationen zu integrieren, wie das bei der OECD der Fall ist.

B. Infrastrukturentwicklung sowie der Hilfe für Arbeitslose, von Weiterbildung und Kompetenzentwicklung wird ebenfalls hervorgehoben. Der Notwendigkeit eines effektiven und schlüssigen internationalen Ordnungsrahmens wird im Pakt breiter Raum gewidmet. Dieser verlangt auch, dass der Finanzsektor zukünftig den Bedürfnissen der Realwirtschaft dienen muss, um menschenwürdige Arbeit zu fördern. Insbesondere die Regierungen von Entwicklungsländern brauchen den politischen Handlungsspielraum für Investitionen in die Zukunft und dürfen nicht mehr zu einer „prozyklischen“ Fiskalpolitik gedrängt werden, die oft zu drastischen Einschnitten bei Beschäftigung und Einkommen führen.

Weiterhin hat das Gipfeltreffen der G20 in London die Ausarbeitung von Grundsätzen einer globalen Charta für nachhaltiges Wirtschaften unterstützt, die eine Sammlung überkuppelnder Grundsätze für die Wirtschafts-, Finanz-, Gesellschafts-, Umwelt- und Entwicklungspolitik darstellt. Diese Charta hebt Rechenschaftspflicht und kollektive Verantwortlichkeit als Eckpfeiler wirtschaftlicher Aktivität hervor. In diesem Zusammenhang bilden Arbeits- und Sozialstandards eines der Schlüsselemente innerhalb der überkuppelnden Grundsätze zur Verhinderung einer Wiederholung der gegenwärtigen Krise. Die Elemente menschenwürdiger Arbeit bezüglich Arbeitsplätzen, Arbeitsnormen, Sozialschutz und gesellschaftlichem Dialog müssen im Rahmen der Charta-Gespräche der G20 eine klare Unterstützung erfahren.

Natürlich müssen Regierungen den Anfang machen, aber es kann nicht den Bankern und Vertretern der Finanzministerien überlassen bleiben, sich hinter verschlossenen Türen zu treffen. Die Gewerkschaften sind bereit, sich konstruktiv an diesem Prozess zu beteiligen und ersuchen die Regierungen, den Gewerkschaften einen Platz am Konferenztisch zu überlassen. Die Gewerkschaften sind vollständig an der neuen Wirtschaftsordnung zu beteiligen und in die Beratungsstrukturen der internationalen Organisationen zu integrieren, wie das bei der OECD der Fall ist. Gemäß dem Auftrag, den die von der Internationalen Arbeitskonferenz im Juni 2008 verabschiedete Erklärung über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung und der Globale Beschäftigungspakts erteilt haben, muss die IAO ins Zentrum einer neuen multilateralen Architektur rücken, die wirksam auf die gegenwärtige Krise in der marktorientierten Globalisierung reagieren kann, indem sie Beschäftigung, soziale Belange und die Förderung menschenwürdiger Arbeit in den Mittelpunkt der Entscheidungsfindung stellt.

Gewerkschaften tragen Forderungen dem IWF und der Weltbank in Washington vor, Januar 2009

Vertreter des IGB und John Evans, Generalsekretär des Beratenden Eine 80-köpfige hochrangige internationale Gewerkschaftsdelegation traf im Januar 2009 in Washington mit dem Geschäftsführenden Direktor des Internationalen Währungsfonds, Dominique Strauss-Kahn, und Weltbankpräsident Robert Zoellick sowie mit Ratsmitgliedern und anderen Vertretern der beiden Institutionen zusammen, um auf weitere Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung der Rezession und auf eine wirksame globale Regulierung zu drängen, um auf diese Weise künftig weltweit für Wirtschaftsstabilität zu sorgen. Der von IGB-Präsidentin Sharan Burrow und IGB-Generalsekretär Guy Ryder geleiteten

Delegation gehörten Spitzenvertreter/innen und Wirtschaftsexperten nationaler Gewerkschaftsdachverbände, der Globalen Gewerkschaftsföderationen und des Gewerkschaftlichen Beratungsausschusses bei der OECD an.

Zu den diskutierten Themen gehörten fiskalpolitische Anreize, Notkredite und die Auflagen für diese Kredite. Der IGB ist vor allem über gewisse Auflagen einer Kreditvereinbarung besorgt, die der IWF soeben mit der autoritären Regierung Weißrusslands abgeschlossen hat. Im Gegenzug zu einem Notkredit in Höhe von US\$ 2,46 Milliarden hat die weißrussische Regierung, die von der Internationalen Arbeitsorganisation wegen der Verletzung grundlegender Arbeitnehmerrechte verurteilt wurde, zugesagt, die Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor generell zu begrenzen, die von den öffentlichen Versorgungsbetrieben erhobenen Preise zu erhöhen und verstärkt Privatisierungen vorzunehmen. Weißrussland wurde ferner verpflichtet, sein soziales Sicherheitsnetz zu reformieren und schwerpunktmäßig „die am wenigsten geschützten Gruppen“ zu unterstützen, was für viele Beschäftigte zu einem verminderten sozialen Schutz führen könnte, da sie angesichts der Unterdrückung der Gewerkschaften durch das Lukaschenko-Regime keine Möglichkeit haben, ihre Meinung frei zu äußern oder sich zu verteidigen.

Zum Abschluss der Besprechungen mit der 80-köpfigen internationalen Gewerkschaftsdelegation machten Weltbankpräsident Robert Zoellick und IWF-Geschäftsführer Dominique Strauss-Kahn Zusagen zur Stärkung von Sozialprogrammen für von der Wirtschaftskrise betroffene ArbeitnehmerInnen und zur Intensivierung von Maßnahmen zu Kernarbeitsnormen. IWF-Geschäftsführer Strauss-Kahn und leitende Mitarbeiter des Fonds sagten gegenüber der Delegation, dass der Fonds weder das Ausmaß der gegenwärtigen Krise noch ihre Folgen für ArbeitnehmerInnen vorhergesehen habe. Sie würdigten die Erfahrung und Kompetenz der Gewerkschaftsbewegung, die seit Jahren vor den Gefahren unregulierter exotischer Finanzinstrumente für die Weltwirtschaft gewarnt habe.

Gewerkschaften beim Gipfeltreffen der G20 in London, April 2009

Gewerkschaftsführer aus der ganzen Welt kamen im April 2009 nach London, um beim G20-Gipfel über die globale Wirtschaftskrise ihre Anliegen zu vertreten. Gespräche mit dem Gastgeber des Gipfels, dem britischen Premierminister Gordon Brown, und dem australischen Premierminister Kevin Rudd rundeten Dutzende ähnlicher Gespräche mit Regierungschefs ab, die von nationalen Gewerkschaftsführern in ihren Heimatländern organisiert worden waren. Am Vorabend des Gipfels wurden Gespräche mit dem französischen Präsidenten Sarkozy, dem spanischen Premierminister Zapatero und dem deutschen Finanzminister Steinbrück geführt.

Gleichzeitig trotzten am Wochenende auf den Straßen von London Zehntausende von Demonstranten dem nasskalten Wetter. Es war eine breite Demonstration der Zivilgesellschaft, auf der auch die IGB-Präsidentin Sharan Burrow sprach. Mitveranstaltet wurde diese Demonstration vom britischen Trades Union Congress (TUC), der die Serie der Londoner Gespräche mit IGB und TUAC koordinierte.

Die gewerkschaftliche Lobbyarbeit war von Erfolg gekrönt. Arbeitsplätze und gesellschaftliche Probleme kletterten in der Agenda des Communiqués des G20-Gipfeltreffens in London gegenüber dem G20-Gipfel vom November 2008 und gegenüber früheren Entwürfen des Communiqués nach oben. Die IAO wird an der Nachbereitung des Gipfels teilnehmen und wurde gebeten, die arbeitspolitischen Maßnahmen der G20 zu bewerten. Der Gipfel befürwortete auch weitere Gespräche über eine „Charta“, wie sie von Kanzlerin Angela Merkel und anderen vorgeschlagen wurde, um einen neuen internationalen Konsens über die Kernwerte und Grundsätze eines nachhaltigen Wirtschaftens zu erreichen.

Die eskalierende internationale Beschäftigungskrise, die Ungleichgewichte der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen und die nicht regulierten Finanzmärkte gefährden die Schaffung menschenwürdiger Arbeit für alle und einer sozial gerechteren Gesellschaft. Auch wenn einige Zahlen für 2010 eine leichte Erholung prognostizieren, darf nicht vergessen werden, dass die gegenwärtige Periode der Arbeitslosigkeit alles in den Schatten stellt, was die Welt der Arbeit bisher erlebt hat. Die Weltwirtschaftskrise betraf hauptsächlich die USA, während die gegenwärtige Wirtschaftskrise ArbeitnehmerInnen, Staatshaushalte und Unternehmen in der ganzen Welt in Mitleidenschaft zieht. Der nächste Schritt muss sein, dass die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und ein angemessener Sozialschutz größeres Gewicht bekommen. Wir können es einfach nicht zulassen, dass die Ungleichheit und die Armut zwischen und innerhalb von Nationen weiter so zunehmen, wie dies in den letzten beiden Jahrzehnten der Fall war. „Menschen zuerst“ ist nicht einfach ein Slogan: Es ist eine Forderung von Arbeitnehmern (Frauen und Männern, Jungen und Alten, Familien und den Kindern unserer neuen Generation) gegenüber den Staats- und Regierungschefs der Welt, dass Ungleichheit nicht mehr hinnehmbar ist, sei es auf den Finanzmärkten, im Lebensmittelmarkt oder auf dem Wohnungsmarkt.

Gewerkschaften beim G20-Gipfel in Pittsburgh, September 2009

Der dritte G20-Gipfel über die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise findet am 24. und 25. September 2009 in Pittsburgh, Pennsylvania, statt. Daher haben IGB, TUAC und Global Unions in Zusammenarbeit mit der AFL-CIO Vorbereitungen für die Ankunft einer großen Delegation von Gewerkschaftsführern aus G20-Ländern getroffen. Sie wollen bei diesem dritten Treffen der G20-Staats- und Regierungschefs mit diesen über die weltweite Wirtschaftssituation sprechen.

Zu den gewerkschaftlichen Zielsetzungen für Pittsburgh zählen die weitere Diskussion über Arbeitsplätze, gesellschaftliche Probleme und die Rolle des Globalen Beschäftigungspakts der IAO, die globale Charta für nachhaltiges Wirtschaften, den Klimawandel und der „Green New Deal“, die Umsetzung und Vertiefung der Vereinbarungen des Londoner Gipfels über die Regulierung des Finanzsystems sowie die aktuellen Kreditprogramme des IWF und deren Inkonsistenz mit den Versprechungen des Londoner Gipfels, dass eine antizyklische Ausgabenpolitik in den Entwicklungsländern finanziert werden solle.

Jenseits der Sofortmaßnahmen gegen die Krise werden die Gewerkschaften, wenn sich unsere Ökonomien wieder zu erholen beginnen, dafür kämpfen, dass es keine Rückkehr zu einem „Weiter wie bisher“ geben wird. Statt „Exit-Strategien“ zu planen, die eine noch brutalere Version der gescheiterten bisherigen Politik sind, ist ein neues Wirtschaftsentwicklungsmodell zu errichten, das wirtschaftlich effizient, sozial gerecht und nachhaltig gegenüber der Umwelt ist. Dieses Modell muss ein neues wirtschaftliches Gleichgewicht schaffen: zwischen Geld- und Realwirtschaft, zwischen den Rechten der Arbeiterschaft und des Kapitals, zwischen den Ländern mit Handelsüberschuss und denjenigen mit einem Defizit und zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Vor allen Dingen aber es muss das Ende einer Politik mit sich bringen, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu schwerer Ungleichheit geführt hat. Dazu ist ein grundsatzpolitischer Paradigmenwechsel erforderlich, der den Menschen wirklich Vorrang gibt.



Fußnoten

- 1 IWF: Today's World Economic Outlook Update, Juli 2009
- 2 Stiglitz: Capitalist Fools (Jan. 2009); Rudd: The Global Financial Crisis (Feb. 2009)
- 3 TUAC (2007): Towards Fair Globalisation, Trade Union Statement to G8 Heiligendamm Summit, 6. - 8. June 2007
- 4 TUAC (2003): Trade Union Statement to the Evian G8 Economic Summit and OECD Ministerial Council, April - Juni 2003
- 5 International Institute for Labour Studies (2008): World of Work Report - Income Inequalities in the Age of Globalisation, IAO, Genf
- 6 IAO: The Cost of Coercion, 2009
- 7 IWF: World Economic Outlook Update, Juli 2009
- 8 IAO: Global Employment Trends, Aktualisierung Mai 2009
- 9 Stiglitz (Mai 2009): The Spring of the Zombies, Project Syndicate
- 10 UN-Wirtschafts- und Sozialrat: The global financial crisis – impact, responses and way forward, Juni 2009
- 11 AFL-CIO: U.S. Unemployment Rate now 9.4 Percent von Tula Connell, 8. Juni 2009
- 12 ILO (June 2009): The global economic crisis: Labour market impacts and policies for recovery in Asia, Arbeitsdokumentenserie Asia-Pacific
- 13 http://www.ilo.org/global/About_the_ILO/Media_and_public_information/Feature_stories/lang--en/WCMS_108090/index.htm
- 14 IAO (Juni 2009): The global economic crisis: Labour market impacts and policies for recovery in Asia, Arbeitsdokumentenserie Asia-Pacific
- 15 IAO (Juni 2009): The global economic crisis: Labour market impacts and policies for recovery in Asia, Arbeitsdokumentenserie Asia-Pacific
- 16 ILO/IILS: A global policy package to address the global crisis, policy brief, 2008
- 17 TUAC: Pension security must be central to global recovery and sustainable economic growth, say TUAC's pension experts, 10. Juli 2009
- 18 Oxfam International: Paying the price for the economic crisis, Diskussionspapier, März 2009
- 19 OECD: Frequently Asked Questions – Impact of crisis on employment, http://www.oecd.org/faq/0,3433,en_2649_201185_42061569_1_1_1_1,00.html
- 20 Oxfam International: Paying the price for the economic crisis, Diskussionspapier, März 2009
- 21 ILO & IILS: A global policy package to address the global crisis, Policy Brief, 2008
- 22 Weltbank, 2008
- 23 Aid Watch & CONCORD: Lighten the Load – in a time of crisis, European aid has never been more important, 2009
- 24 Weltbank: Migration and Development Brief 10, Juli 2009
- 25 Oxfam International: Paying the price for the economic crisis, Diskussionspapier, März 2009
- 26 ILO & IILS: A global policy package to address the global crisis, Policy Brief, 2008
- 27 Khatiwada (2009): Stimulus Packages to Counter Global Economic Crisis: A review, IILS, ILO
- 28 Khatiwada (2009): Stimulus Packages to Counter Global Economic Crisis: A review, IILS, ILO
- 29 <http://www.canadianlabour.ca/en/get-real-its-economy-make-it-work-us>

- 30 IWF-Untersuchung vom 24. April 2009: <http://www.imf.org/external/pubs/ft/survey/so/2009/CAR042409A.htm>
- 31 CTUWS: Impacts of the Global Financial Crisis on Egyptian Workers, the third report, Mai 2009
- 32 IMF, Fiscal Policy for the Crisis, 29. Dezember 2008
- 33 ILO-IILS (ed), The Financial and Economic Crisis: A Decent Work Response, Genf 2009, S. 8.
- 34 OECD-Ausblick 2008 über private Renten.
- 35 ILO Global Dialogue Forum on the Impact of the Financial crisis on Finance Sector Workers (Globales IAO-Dialog-Forum über die Folgen der Finanzkrise auf Beschäftigte im Finanzsektor, 24. – 25. Februar 2009)
- 36 IGB, (Un)Gleichheit der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt: Ein Überblick über globale Trends und Entwicklungen, 2009
- 37 G20 Finance Ministers' and Central Bank Governors' Communiqué - 14 March, 2009 (Communiqué der G20-Finanzminister und der Zentralbankgouverneure, 14. März 2009)
- 38 Das 1999 geschaffene „Financial Stability Forum“ wurde beim Gipfeltreffen der G-20 in London in April 2009 in „Financial Stability Board“ umbenannt.
- 39 Modernizing the American Financial Regulatory System, Congressional Oversight Panel (COP), Special Report on Regulatory Reform, Januar 2009 (Die Modernisierung des amerikanischen Finanzregulierungssystems, Aufsichtsgremium des Kongresses, Sonderbericht über die Regulierungsreform, Januar 2009); <http://cop.senate.gov/documents/cop-012909-report-regulatoryreform.pdf> Principles for a New Financial Architecture, Stiglitz, UN Commission of Experts of the President of the UN General Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial System, Januar 2009; (Grundsätze einer neuen Finanzarchitektur, Stiglitz, UN-Expertenkommission des Präsidenten der UN-Generalversammlung zur Reform des Internationalen Währungs- und Finanzsystems) <http://cop.senate.gov/documents/cop-012909-report-regulatoryreform.pdf>
- 40 „Growing Unequal“, OECD, Oktober 2008 („Ungleiches Wachstum“, OECD, Oktober 2008)

Quellennachweis

Aid Watch & CONCORD: Lighten the Load – in a time of crisis, European aid has never been more important, 2009

BBC News, The downturn in facts and figures, US sub prime, 21 November 2008

Congressional Oversight Panel (COP): Modernising the American Financial Regulatory System, Special Report on Regulatory Reform, January 2009

G20 Finance Ministers' and Central Bank Governors' Communiqué, 14 March 2009

Global Financial Crisis Unions' Watch: trade union statements and reports in the period from July 2008 to September 2009: <http://www.ituc-csi.org/financialcrisis>

Global Union: Arbeit für die Welt - Strategien der Global Unions für eine wirtschaftliche Erholung, Mai 2009

Internationales Arbeitsamt (IAA): Bericht I(A) - Bericht des Generaldirektors: Die Kosten des Zwangs, Internationale Arbeitskonferenz 98. Tagung 2009

Internationale Arbeitsorganisation (IAO) & International Institute for Labour Studies (IILS): A global policy package to address the global crisis, Policy Brief, Geneva, 2008

Internationale Arbeitsorganisation (IAO) & International Institute for Labour Studies (IILS): World of Work Report - Income Inequalities in the Age of Globalisation, ILO/IILS, Geneva, 2008

Internationale Arbeitsorganisation (IAO) & International Institute for Labour Studies (IILS): The Financial and Economic Crisis: A Decent Work Response, Geneva, 2009

Internationale Arbeitsorganisation (IAO): Global Employment Trends Update, Geneva, May 2009

Internationale Arbeitsorganisation (IAO): Recovering from the crisis: A Global Jobs Pact, June 2009

Internationale Arbeitsorganisation (IAO): The global economic crisis: Labour market impacts and policies for recovery in Asia, Asia-Pacific Working Paper Series by Gyorgy Sziraczki, Phu Huynh and Steven Kapsos, Regional Office for Asia and the Pacific, June 2009

Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB): "Deklaration von Washington" der Global Unions, Erklärung zum G20-Gipfel in Washington, November 2009

Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB) : (Un)Gleichheit der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt: Ein Überblick über globale Trends und Entwicklungen, März 2009

Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB): Londoner G20-Erklärung von Global Unions, Erklärung zum G20-Gipfel in London, April 2009

Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB): "Deklaration von Pittsburgh" der Global Unions, Erklärung zum G20-Gipfel in Pittsburgh, September 2009

International Institute for Labour Studies (IILS): Stimulus Packages to Counter Global Economic Crisis: A review, Discussion paper DP/196/2008 by Sameer Khatiwada, Geneva 2009

Internationalen Währungsfonds (IWF): World Economic Outlook Update, July 2009

Internationalen Währungsfonds (IWF): IMF Survey Magazine 2008-2009

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Growing Unequal: Income Distribution and Poverty in OECD Countries, October 2008

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Private Pensions Outlook 2008, February 2009

Oxfam International: Paying the price for the economic crisis, Discussion Paper, March 2009

Rudd, Kevin: The Global Financial Crisis, The Monthly Essays, February 2009

Stiglitz, Joseph E.: Capitalist Fools, Vanity Fair, January 2009

Stiglitz, Joseph E.: The Commission of Experts of the President of the UN General Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial System: Principles for a New Financial Architecture, January 2009

Stiglitz, Joseph E.: The Spring of the Zombies, Project Syndicate, May 2009

Trade Union Advisory Committee to the OECD (TUAC): Trade Union Statement to the Evian G8 Economic Summit and OECD Ministerial Council, April-June 2003

Trade Union Advisory Committee to the OECD (TUAC): Towards Fair Globalisation, Trade Union Statement to G8 Heiligendamm Summit, 6-8 June 2007

Trade Union Advisory Committee to the OECD (TUAC): Dealing with pension governance, market & political risks in times of crisis, TUAC background paper, July 2009

Trade Union Advisory Committee to the OECD (TUAC): Putting Jobs and Fairness at the Heart of Recovery: the Role of the G8, Global Unions' Statement to the G8 Summit Italy, July 2009

United Nations Economic and Social Council: The global financial crisis – impact, responses and way forward, Economic Commission for Africa, E/CA/COE/28/6, Egypt, June 2009

Weltbank: Social Safety Nets: Lessons from rich and poor countries by Martin Ravallion, Policy Research Working Paper 4763, The World Bank Development Research Group, October 2008

Weltbank: Migration and Development Brief 10, Migration and Remittances Team, Development Prospects Group, July 2009

Verantwortlicher Herausgeber:
Guy Ryder, Generalsekretär

IGB

5 Bd du Roi Albert II Bte 1, 1210-Brüssels, Belgien

Tel: +32 2 2240211, Fax: +32 2 2015815

E-Mail: press@ituc-csl.org • Web Site: <http://www.ituc-csl.org>

Chefredakteurin: **Helle Damgaard Nielsen**
Layout: **Vicente Cepedal**